

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Zur Telekom
Seite 7

■ GROSSE KOALITION SETZT RENTE ERST AB 67 DURCH:

Nach halbherziger Mobilisierung – die Gewerkschaften fügen sich



»Für die Investoren ist entscheidend, dass es der Regierung gelungen ist, ein Projekt gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.« (Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft)

Tatsächlich lehnten 70 Prozent der Bevölkerung das Gesetzesvorhaben ab. Experten und Kritikern, aber auch großen Teilen der Öffentlichkeit war bewusst, dass es der Bundesregierung nicht wirklich auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ankam. Schon heute geht angesichts der Arbeitsbelastung der überwiegende Teil der Lohnabhängigen vor dem 65ten Lebensjahr in den Ruhestand. Von den über 55-jährigen Männern und Frauen sind erheblich weniger als ein Drittel noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt, von den über 60-jährigen geht nur noch jeder sechste einer solchen Beschäftigung nach (inklusive der sich im passiven Teil von Altersteilzeitverträgen befindlichen Menschen). Das beschlossene Gesetz zielt also entscheidend auf eine Kürzung der ohnehin in den letzten Jahren rapide gesunkenen Renten. (s. Kasten auf Seite 3).

Deshalb stieß die Verabschiedung der Gesetzesvorlage auf die einhellige Zustimmung des Unternehmerlagers. Ihr Interesse ist es nicht, durch die Belastungen im Arbeitsleben ausgelaugte Menschen noch zwei Jahre länger beschäftigen zu dürfen. Das Kapital braucht junge und produktive, »olympiareife« Belegschaften. Die Lohnkosten – und zu denen zählen auch die Beiträge für die Sozialversicherungen – sollen nicht weiter steigen, sondern gedrückt werden. Darauf liefen alle »Reformen« der Rentenversicherung in den letzten Jahren hinaus.

Die für uns entscheidende Frage lautet: **Warum blieb der Protest so schwach angesichts der eindeutigen Ablehnung in der Bevölkerung?** Tatsache ist, dass es zu keinen spontanen Abwehraktionen in den Betrieben kam, wie sie uns noch von den spontanen Streiks gegen die Abschaffung der Lohnfortzahlung in Erinnerung sind. Die Gewerkschaftsführungen waren also nicht durch eine Bewegung »von unten« zum Handeln gezwungen. Für sie stellte sich die Frage, ob sie willens und auch fähig sind, den in der Rentenfrage eindeutigen Interessen und Meinungen der Lohnabhängigen Ausdruck verleihen zu können und auch zu wollen. Die Antwort darauf finden wir nicht in Erklärungen und Reden, sondern in ihrem praktischen Verhalten.

Im DGB gibt es keine einheitliche Position. Die Führungen von Transnet und IG BCE setzen auf den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich mit dem Kapital und die Zusammenarbeit mit der Regierungskoalition. Über Gespräche mit der SPD hoffen sie, dass die Interessen ihrer Mitglieder Berücksichtigung finden. Eine aktive Beteiligung an den Protestmaßnahmen kam für sie deshalb von vornherein nicht in Frage. Ver.di und die IG Metall zeigen sich wieder einmal gespalten. Der IGM-Flügel um Huber setzt auf einen Kurs analog der IG BCE, die Kräfte um Peters wollen mit einer möglichst begrenzten Mobilisierung den Mitglieder-Interessen auch gegenüber Regierung und SPD Ausdruck verleihen. Druck soll die SPD veranlassen, die sozialen Interessen der Lohnabhängigen stärker zu berücksichtigen und sich nach links zu bewegen. Diesem Ziel soll auch die teilweise Öffnung gegenüber der sich bildenden Linkspartei dienen.

Unter der Überschrift »Die Gewerkschaften sollten gerade jetzt ihr politisches Mandat erneuern« schrieb Hans-Jürgen Urban, Leiter des Funktionsbereiches Gesellschaftspolitik/ Grundsatzfragen beim IG Metall-Vorstand: »(...) Nicht der Abschied vom politischen Mandat gehört auf die gewerkschaftliche Agenda, sondern dessen Erneuerung. Eine Strategie, die sozialstaatliche Rechte verteidigt und dies mit dem Kampf um den Rückgewinn realen Einflusses auf politische Entscheidungen verbindet, würde auch gesellschaftliche Gruppen erreichen, die den Gewerkschaften bisher eher skeptisch gegenüber stehen.« Eine solche »Bürgerbewegung für Sozialstaat und Demokratie« könnte auch bei den Gewerkschaften »neue Lebensgeister wecken«. (»Freitag«, 9. 2.2007)

Auftakt der Proteste bildete im Dezember 2006 die Aktion der Metall-Beschäftigten in Salzgitter/Niedersachsen (s. Korrespondenz S. 6). »Als Ende Januar die beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di zu betrieblichen Protestaktionen gegen die Rente mit 67 aufgerufen hatten, fiel ver.dis Beteiligung im bundesweiten Maßstab und im Verhältnis zur IG Metall äußerst bescheiden aus. Trotz klarer Positionierung des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske verstanden dessen Aufruf nur wenige Funktionäre als verbindlichen Auftrag, die Proteste auch zu organisieren.« (»junge welt«, 30.03.07)

So waren es hauptsächlich Belegschaften aus der Metallindustrie, die den Protest gegen die Rentenkürzungspläne Anfang des Jahres aktiv trugen. »Bereits im Oktober 2006 gab es erfolgreiche Protestkundgebungen. Und in den vergangenen drei Wochen beteiligten sich allein bei der IG Metall mehr als 300.000 Menschen an betrieblichen Aktionen während der Arbeitszeit – darunter auch Beschäftigtengruppen, die in Tarifkonflikten um Einkommen und Arbeitszeiten durchaus Distanz zu den Gewerkschaften halten.« (H.-Jürgen Urban, im »Freitag«, 9.2.07)

Der Begriff »politischer Streik« wurde in den Aufrufen der Gewerkschaftsführungen vermieden – aus Angst vor Verbotsanträgen und Schadensersatzforderungen durch die Unternehmer. Dennoch waren die Aktionen im Ansatz politische Streiks, was auch die Unternehmerverbände in einer Erklärung natürlich sofort als »rechtswidrig« verurteilten. Der Präsident von Gesamtmetall Kannegießer warnte, »Auseinandersetzungen mit der Politik in die Betriebe zu tragen«. Das sei »Rechtsbruch« und »ein Spiel mit dem Feuer.« (FAZ 30.01.07, Berliner Zeitung 27.01.07) Eine Fortführung und Ausweitung der betrieblichen Aktionen drohte deshalb zu einem Grundsatzkonflikt zu eskalieren, an dem allerdings beide Seiten kein Interesse hatten.

Noch während der gewerkschaftlichen Kampagne hatte sich Berthold Huber zu Wort gemeldet. Öffentlich erklärte er,

Nichts bleibt wie es ist...

Das seit der Nachkriegszeit bestehende Ziel, eine den Lebensstandard sichernde gesetzliche Rente, wurde bereits 2001 unter Rot-Grün aufgegeben, seitdem gilt das Dogma der Beitragsstabilität. Bis 2001 galt: Wer 45 Versicherungsjahre erreicht und immer durchschnittlich verdient hat (Eckrentner), der sollte im Alter eine Nettorente von etwa 70 Prozent seines auf die Gegenwart hochgerechneten Erwerbseinkommens erhalten.

Seither ist dagegen festgeschrieben, dass die Beträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bis 2020 nicht über 20 Prozent, bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen. »Geht man davon aus, dass zur Armutsvermeidung eine Rente in Höhe von 40 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts angemessen ist, dann brauchte ein Durchschnittsverdiener künftig nicht nur – wie heute – etwa 26 Beitragsjahre, sondern rund. 35 Beitragsjahre, um eine Rente in Höhe dieser »Armutsgrenze« zu erhalten. Bei einem Verdienst im Durchschnitt von 86 Prozent sind bereits 40 Beitragsjahre erforderlich.« Durch die im Koalitionsvertrag vorgesehene stufenweise Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre bedeutet dies, dass »ein Durchschnittsverdiener gut 37 Versicherungsjahre benötigt, um eine GRV-Rente in Höhe der armutsvermeidenden Sozialhilfe (bzw. bedarfsorientierten Grundsicherung) zu erhalten.« (Wilfried Schmähl, Sachverständiger der Bundesregierung, FR, 13.01.07) ■

dass die Gewerkschaften nicht grundsätzlich gegen die Rente mit 67 seien, sondern nur gegen die konkreten Ausführungsbestimmungen in der Gesetzesvorlage der Regierungskoalition. Huber forderte in Böblingen am 6.3.07 »intelligenter Antworten« von der Politik, flexible Übergangsmodelle von der Arbeit in die Rente. »Die Politik muss hierfür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die dann durch unsere Tarif- und Betriebspolitik flankiert werden.« Das deckte sich mit den Vorstellungen in den Vorständen von Transnet und IG

INHALT HEFT Nr. 2 / 24.04.2007 JHG. 48

Rente erst ab 67: Nach halbherziger Mobilisierung – Gewerkschaften fügen sich	1
Kampf um die Riester-Rente	3
Erfahrungen mit Widerstandsbereitschaft	4
Telekom: Arbeitsplatz-Abbau ohne Ende	7
Berlin: Wenn man die Wahl hat bei den Wahlen	12
Linke Regierungsbeteiligung	14
Ein österreichischer Sonderweg	17
Die Rolle Afrikas in Chinas »Politik der harmonisierten Welt«	18
Leserbrief Gute alte Zeiten?	23

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bültzenweg 87 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstr. 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg «
Internet: www.arbeiterpolitik.de · E-mail: arpo.berlin@gmx.de

»Rot-Grün hat die Gesetzliche Rentenversicherung zum Tode verurteilt, und die Große Koalition sorgt dafür, dass der Tod schneller eintritt.«

Dass der Widerstand gegen die Rente ab 67 so schwach ausfiel, hat eine Vorgeschichte. So kann man seit mehr als zehn Jahren eine mediale Kampagne beobachten, die der Öffentlichkeit einredet, dass das Rentenniveau nicht zu halten sei, weil die demografische Entwicklung in Deutschland dies nicht zulasse. Der Kampf »jung gegen alt« wurde prognostiziert.

Die Politiker der damaligen Regierung Kohl und später von Rot-Grün nahmen diese Argumente auf, um die größte Einkommensumverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands voranzutreiben. Ihnen wurde eingeredet, dass mit Senkung des Rentenniveaus die »Lohnnebenkosten« verringert und somit der Nettolohn gesteigert würde. Außerdem würde sich die Wettbewerbssituation für die Unternehmen in Deutschland verbessern und mit einem wirtschaftlichen Aufschwung wieder mehr Arbeitsplätze entstehen. Die Argumentation, den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen, verfing bei vielen abhängig Beschäftigten.

Trotzdem schien es so, als die rot-grüne Bundesregierung im Jahre 2000 mit Einführung der Riester-Rente die paritätische Finanzierung und das Solidarprinzip aushebeln wollte, dass die Gewerkschaften bereit wären den

Kampf gegen die Rentenpläne der Schröder-Regierung aufzunehmen. Der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel hatte damals einen »heißen Herbst« gegen die Rentenpolitik angekündigt. Die Ankündigung erwies sich als Sprechblase. »*Statt machtvoller Demonstrationen auf der Straße gab es vereinzelte Alibiveranstaltungen im Saal. Von der IGM-Küste zwei in Hamburg, zur ersten mit Riester und Schmitthenner (IGM-Vorstand) kamen hundert Kollegen, zu der mit Engelen-Kefer 500. (...) Widerstand aus den Betrieben ist nicht bekannt geworden. Eigenständige Ansätze von Gegenwehr wie bei den Stahlwerken und DaimlerChrysler in Bremen blieben die Ausnahme. Und auch hier fand die Initiative der vom Klassenstandpunkt ausgehenden Kollegen nicht die notwendige volle Unterstützung der IGM und der Betriebsräte.*« (Arbeiterpolitik 4/2000)

Trotz des bisher nie da gewesenen An- und Eingriffs in die wichtigste Säule des Sozialversicherungssystems erzielte die Regierung mit den Gewerkschaftsvorsitzenden der IGM, IG BCE, DAG und ÖTV vor Weihnachten 2000 eine Einigung. Die »Reform« war damit durch gewunken. Um weiteren Widerstand erst gar nicht aufkommen zu lassen, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Putzhammer: »*Wer die Reform jetzt noch verhindern will, bekommt es mit den Gewerkschaften zu tun*«. Mit dieser Hypothek kann es kaum verwundern, dass die Auseinandersetzung um die Rente ab 67 so und nicht anders verlaufen ist. ■

BCE. Als der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Brandner, schließlich damit lockte, dass der gleitende Übergang in die Rente gerettet werden könne, allerdings müsse er sich künftig aus vielen Quellen speisen, nämlich dem Arbeitsentgelt, der Teilrente, höheren Hinzuverdiensten, an gesparten Rentenbeiträgen und Aufstockungsbeiträgen der Arbeitgeber (also vorfinanziert durch jeden einzelnen Arbeitnehmer), war der Weg zu einer Einigung und zur Beendigung der Aktionen geebnet.

Zu einer Kraftprobe, d.h. zu dem ernsthaften Versuch das Gesetzesvorhaben doch noch durch außerparlamentarischen Druck zu Fall zu bringen, konnten die betrieblichen Aktionen unter diesen Voraussetzungen nicht werden. Nach der eher als Symbol gedachten Kundgebung vor dem Bundestag – dafür wurde kaum mobilisiert, sie war zudem schlecht organisiert – stellten ver.di und die IG Metall ihre Protestaktionen ein. Der Verabschiedung einer erneuten Rentenkürzung durch das Parlament stand nun nichts mehr im Wege.

Die ohnehin zahlenmäßig unbedeutende Opposition in den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion wurde im Vorfeld diszipliniert. Bereits am 28. Februar hatte sie eine »Arbeitsgruppe zur Altersteilzeit« gegründet, als Spielwiese für die Uneinsichtigen. Da trotzdem noch ein wenig Opposition zu erwarten war, wurden die Abweichler bei der Abstimmung zur Gesundheitsreform, einige Tage davor, in der Fraktion »abgestraft«, d.h. im Wiederholungsfall sollten sie aus den entsprechenden Fachausschüssen entfernt werden. Zuchtmeister Struck gestand zwar Gewissensfreiheit zu – was immer das auch sein soll –, das gelte aber nicht für Mitglieder in Fachausschüssen. So blieben von den 20 Gegenstimmen bei der Gesundheitsreform noch 11 bei der Rentenabstimmung über.

Die beschlossene Rente ab 67 wird nicht das Ende der Bemühungen um weitere Kürzungen der Altersbezüge sein. Die Zurückhaltung der Gewerkschaften weckt nur neue Begierden. Die Halbwertzeit bei allen »Reformen«, sei es in der Kranken-, der Arbeitslosen- oder Rentenversicherung, betrug höchstens eine Legislaturperiode. Danach stellten die jeweiligen Koalitionspartner fest, dass die Einschnitte zur »Sanierung der Kassen« doch noch nicht ausreichen würden. Wir müssen uns also auf weitere Angriffe des Unternehmerlagers und der Regierung einstellen und versuchen, das nächste Mal mehr Widerstand zu mobilisieren. Ansonsten wird die weitere Aushöhlung der Sozialsysteme letztendlich zu deren Beseitigung führen.

Die Kritik an der Halbherzigkeit der Protestaktionen kam in verschiedenen Stellungnahmen zum Ausdruck, u.a. im Brief der VK-Leitung der Stahlwerke in Bremen und in einer Stellungnahme aus Baden-Württemberg zum DGB-Aktionstag am 28. Februar 2007. Darin sprachen sich zahlreiche Vertrauensleute und Betriebsräte aus dem Stuttgarter Raum dafür aus, den Aktionstag für betriebliche Aktionen zu nutzen und es nicht bei einer Kundgebung zu belassen.

Die kritischen und klassenbewussten Kräfte in den Gewerkschaften müssen sich gegenseitig abstimmen. Das ist eine notwendige Voraussetzung, um größeren Einfluss auf zukünftige Auseinandersetzungen zu gewinnen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass sich die Belegschaften das politische Streikrecht nehmen. Es wird uns weder vom Kapital zugestanden noch von deren politischen Vertretern in Parlament und Regierung geschenkt. Vor dem Hintergrund der Arbeitskämpfe und Erfahrungen der letzten Zeit sollten wir die Diskussion über die damit verbundenen Fragen und praktischen Aufgaben führen. ■



■ RENTE AB 67 - DIE ALTERSARMUT WURDE BESCHLOSSEN

Erfahrungen mit der Widerstandsbereitschaft

Symbolische DGB-Aktion in Berlin: Kollegen im Bundestag unerwünscht

Am 26. Februar 2007 fand die parlamentarische Anhörung zur geplanten Heraufsetzung des Rentenalters statt. Als »Experte« geladen war auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Ab 9.00 versammelten sich einige hundert Gewerkschaftsmitglieder, aufgerufen durch den DGB. In Arbeitskleidung und teilweise mit Buttons und T-Shirts gegen das Gesetzesvorhaben sollten sie als Zuschauer die Anhörung begleiten. Mit schikanösen Eintrittskontrollen, bei der alle sichtbaren Zeichen des Protestes eingezogen wurden, machte der Bundestag deutlich, welche Rolle die Volksvertreter von Union, FDP, Grünen und SPD den Gewerkschaften zumessen. Sie bleiben bei den Entscheidungen außen vor.

Während der Anhörung fand einige hundert Meter entfernt eine DGB-Kundgebung statt. Doch Kolleginnen und Kollegen, die nach den Arbeitsniederlegungen in der Metallindustrie hier eine Demonstration gewerkschaftlichen Widerstandswillens erwartet hatten, sahen sich bitter enttäuscht. Nur einige hundert Gewerkschafter – u.a. aus Bremen, Eisenhüttenstadt und Sachsen-Anhalt – wurden dafür mobilisiert. Die Kundgebung wurde zur symbolischen Aktion, welche die Schwäche der Gewerkschaften und die fehlende Bereitschaft vieler Führungsgremien zum Ausdruck brachte (siehe auch Schreiben der Vertrauensleute an den IGM-Vorstand).



Zum Schluss der Anhörung sollten die Teilnehmer der Kundgebung Michael Sommer vom Bundestag abholen. Einige hundert Kolleginnen und Kollegen, darunter dutzende aus Bremen, zogen in Richtung Reichstag. Mit dabei, ein riesiges Transparentband mit tausenden von Unterschriften gegen die Kürzung der Altersbezüge durch Heraufsetzung des Renteneintrittsalters. Nach 500 Metern wurde der Zug durch die Polizei gestoppt. Die Bannmeile sollte den Volksvertretern und den »Rentenexperten« den Anblick der Protestierenden ersparen. Nur Vertreter der Linkspartei, u.a. Oskar Lafontaine, solidarisierten sich an der Polizeibarriere mit dem Anliegen der Demonstranten. Eine halbe Stunde später, nach erregten Diskussionen mit den eingesetzten Polizeibeamten, zogen die Kolleginnen und Kollegen unverrichteter Dinge zum Ort der Kundgebung zurück.

Michael Sommer, inzwischen von der Anhörung zurückgekehrt, hielt eine seiner üblichen Reden. Mit markigen Worten klagte er moralisch an: Die Gewerkschaften wären nicht wirklich gehört worden, ihre Einladung habe nur eine Alibifunktion. Warum der DGB denn trotzdem an dieser Alibiveranstaltung teilnimmt und ob darüber hinaus weitere konkrete Aktionen geplant seien, dazu nahm er nicht Stellung. Bis zur Bundestagswahl wollen die Gewerkschaften das Thema in der Öffentlichkeit wach halten, damit Abgeordnete und Parteien, die dem zustimmen nicht wiedergewählt werden. Dass zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder unter den Abgeordneten dem Gesetz zustimmen, wurde von ihm nicht thematisiert.

Viele Kolleginnen und Kollegen, die zum Teil eine lange Busreise hinter sich hatten, fühlten sich nicht nur von den Bundestagsvertretern sondern auch von der DGB-Führung verarscht.

Berlin, 20. März 2007 ■



VKL Stahlwerk Bremen an die IG Metall

An das Ressort Sozialpolitik beim Vorstand
Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bremen, 9.3.07

wir haben im Betrieb für die Aktion am 26.2. anlässlich der Anhörung vor dem Sozialausschuss des Bundestages mobilisiert und sind gemeinsam von der Verwaltungsstelle Bremen mit einem vollen Bus nach Berlin gefahren.

Zu diesem Anlass 15 Transparente mit 600 Unterschriften im Betrieb voll zu bekommen war kein Problem. Viele KollegInnen hatten nach den überraschend massiven betrieblichen Protesten im Januar das Gefühl, »da geht noch was«. Das Gefühl hatten wir auch, ermuntert durch die Aufrufe des Vorstandes, jetzt nicht nachzulassen. Umso enttäuschter mussten wir in Berlin feststellen:

Die Zahl der IGM-Kollegen war so klein, dass unmöglich in der gesamten Republik dafür mobilisiert worden sein kann. Dies steht in einem unerklärlichen Widerspruch zu den Ankündigungen im Vorfeld.

Eine Aktionsleitung der IG Metall zur Koordinierung der Aktivitäten konnten wir nicht ausmachen. So kam es z.B. auf unserer Seite zu unnötiger Unklarheit über Absprachen mit der Polizei bezüglich Demonstrationroute u.a. Bei einer derartigen zentralen Veranstaltung muss von übergeordneten Stellen der IG Metall auch eine organisatorische Verantwortung übernommen bzw. beim DGB sichergestellt werden.

Auf welcher Ebene unserer Organisation die angekündigte Kampagne gegen »Rente mit 67« nicht konsequent umgesetzt worden ist, können wir von unserer betrieblichen Warte her schlecht beurteilen.

Aber anscheinend gibt es Kommunikationsprobleme zwischen Vorstandsressort – Bezirken – Verwaltungsstellen – Betrieben und zurück. So kamen die massiven betrieblichen Proteste im Januar sicher nicht für alle in der Organisation so überraschend wie für uns. Bessere Rückmeldung im Vorfeld über Stimmungen und Aktionsvorbereitungen quer durch die Republik hätte auch unsere Mobilisierungsfähigkeit in Bremen erhöhen können. Genauso hätte die erwähnte Transparent-Unterschriftenaktion aus dem Bezirk Küste in anderen Bezirken den Mobilisierungsdruck erhöhen können. Wenn sie bekannt geworden wäre. Unserer Meinung nach hätten zur Zuspitzung der Auseinandersetzung am 26.2. bundesweit begleitende Aktionen in den Betrieben stattfinden müssen. Dazu kam jedoch von zentraler Seite kein Signal.

Wir möchten mit einer kritischen Aufarbeitung der gelaufenen Aktionen zur Stärkung unserer gewerkschaftlichen Kampfkraft in künftigen Auseinandersetzungen beitragen und erwarten in diesem Sinne eine Rückmeldung von Euch.

Mit solidarischen Grüßen
Eure Vertrauenskörperleitung Arcelor Bremen
Achim Heier, Ayhan Zeytin

Aktionen gegen die Rente ab 67 in Bremen

Auf einer Delegiertenversammlung der Bremer IGM wies ein Erwerbslosenvertreter darauf hin, dass die IGM etwas unternehmen müsse gegen die Politik der Bundesregierung, das Renteneintrittsalter auf 67 zu setzen. Daraufhin sagte der Sprecher von Airbus, das sei doch schon gelaufen, was das alles noch solle. Ihm wurde von Delegierten zugerufen, die erste Lesung im Bundestag sei doch noch gar nicht gewesen, wir hätten noch Einfluss. Die Ortsverwaltung schwieg. Die erste Lesung war dann am 14.12.06.

Von den ersten kurzen Proteststreiks erfuhren die Kollegen in Bremen durch die Medien. Am 30. Januar führten die Kolleginnen und Kollegen von DaimlerChrysler, die hauptsächlich das aktuelle ERA-Problem im Kopf hatten, einen Kurzstreik durch. Die übrigen Metaller in Bremen waren davon nicht informiert. Über die Nadelstichtaktik des IGM-Vorstandes wurde unter DC-Kollegen kritisch gesprochen: Wenn schon, dann müsse mehr getan werden. Gleichzeitig übergaben 50 Metaller aus verschiedenen Betrieben Bürgermeister Börnsen (SPD) eine Resolution gegen die Rente ab 67.

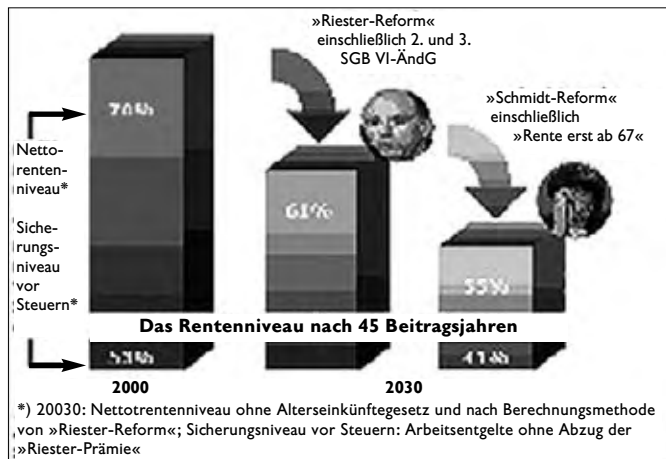
Anfang Februar informierte Johannes Steffen (Arbeiterkammer Bremen) 70 Teilnehmer einer DGB-Betriebs- und Personalrätekonferenz ca. 70 Teilnehmer über die Auswirkungen einer »Rente ab 67«. Anwesende vermissten die Kollegen von DaimlerChrysler. Vertreter der Krankenhäuser und aus Kleinbetrieben berichteten hier von ihren Schwierigkeiten die Kollegen zu mobilisieren. Der Vorschlag, beim Programmparteitag der Bremer SPD am 11.2.07 vorstellig zu werden und den Protest gegen die Rente ab 67 vorzubringen, fand Zustimmung. Keine DGB-Stelle organisierte diese Aktion oder kündigte sie an. Deshalb gab ein Sekretär der IGM-Verwaltungsstelle Bremen schließlich eine Presseerklärung heraus und rief im Namen der VK-Leiters der Bremer Hütte zu

dieser Aktion auf. Auch die klaren Informationen auf der DGB-Veranstaltung über das Ziel der Rentensenkung konnte nur einige Teilnehmer zur aktiven Teilnahme am Protest mobilisieren. Etwa 35 IGM-, ver.di-Kollegen und Arbeitslose waren dann dabei.

Wie in anderen Betrieben so wurden auch auf der Bremer Hütte Bundestagsabgeordnete eingeladen, sich davor zu überzeugen, dass diese Arbeit nicht bis zu einem Alter von 67 Jahren ausgeführt werden kann. Zur Vorbereitung des Protestes in Berlin diskutierten in einigen Bereichsvertrauensleuteversammlungen Betriebsräte intensiv mit ihren Kollegen. In anderen Teilen unterschrieben die Kolleginnen und Kollegen einfach nur den Protest gegen die Rente ab 67, der mit nach Berlin genommen werden soll, in weiteren Teilen passierte gar nichts. Von Bremen aus fuhr dann ein Bus, in dem u.a. Kolleginnen und Kollegen von DaimlerChrysler, der Bremer Hütte, ver.di und IG BAU saßen. Sie waren von der Aktion in Berlin enttäuscht. Auch Kollegen aus anderen Städten drückten den Bremern gegenüber ihre Enttäuschung über das, was in Berlin passierte, aus. Der IGM-Vertrauenskörper der Bremer Hütte drückte seine Kritik an der Organisation der Proteste gegen die Rente ab 67 in einem Brief an die Organisation (s. oben) aus Bremen, 31.3.07 ■



Es sage niemand, er hätte es nicht gewußt: Für alle verständlich hat die Arbeiterkammer Bremen schon im Januar 2007 dargestellt, was die Rentenpolitik tatsächlich »reformiert«:



Eine Notiz aus Kiel:

Der IGM-Rentnerkreis hatte schon während der ersten Vorbereitungen zu Aktionen gegen die Rentenkürzungspläne der Regierungskoalition Kontakte aufgenommen zu den Gewerkschaftern bei HDW-Kiel.

Die Veranstaltung, die dann in der Kieler Innenstadt stattfand, versammelte rund 300 Gewerkschafter von HDW, Lindener Werft und aus Rendsburg. Ver.di-Kollegen waren kaum vertreten. Vorher war die Werbung für diese Veranstaltung durch die IGM minimal, nichts in der Tageszeitung, nichts auf der Homepage. Die vorherrschende Stimmung der Versammelten: Das ist sowieso alles schon gelaufen, da kann man nur resignieren. ■

Salzgitter als Testgebiet

Nachdem der IGM-Vorstand sich zu Aktionen gegen die »Rente ab 67« entschlossen hatte, die Verunsicherung über das Mobilisierungspotential aber noch groß war, wurde die Verwaltungsstelle Salzgitter ausgeguckt, eine Pilotaktion zu diesem Thema durchzuführen. Am 6. Dezember 2006 fand diese Aktion statt. Dieser Tag ist in Salzgitter aus der jüngeren Vergangenheit schon »vorbelastet«, weil seit einigen Jahren hier schon Veranstaltungen zur Ausbildungssituation stattgefunden hatten. Die mögliche Gefahr einer Blamage durch die bisher gelungenen Jugendaktionen in den vergangenen Jahre war also gering.

So wurde in den Betrieben mobilisiert zu einer Kundgebung in Lebenstedt vor dem Gewerkschaftshaus. Buspendelverkehr aus den umliegenden Betrieben war organisiert und die Aktion zumindest in den regionalen Großbetrieben mit den jeweiligen Personalabteilungen abgesprochen. Die Rechtmäßigkeit der Aktion als eine Art politischer Streik wurde von den organisierenden Metall-Funktionären nicht in Frage gestellt, wohl aber die Gefahr gesehen, dass die KollegInnen nach der Kundgebung nicht an den Arbeitsplatz zurückkehren, stattdessen die verbleibende Zeit bis zum Schichtende als Weihnachtsmarktbesucher »verschwendung« könnten. Daher bot die Personalabteilung von VW an, die Busse auf der Rückfahrt direkt ins VW-Werk fahren zu lassen, was zu anderen Gelegenheiten bis heute noch niemals möglich war.



Die Kollegen, durch die im Werk laufende Diskussion um die Beendigung der Vorruhestandsregelung schon sensibilisiert, reagierten zum Teil verständnislos auf die geplante Demonstration und Kundgebung: das sei viel zu spät, um die drohende Erhöhung des Renteneintrittsalters noch zu stoppen. Viele haben sicherlich auch noch die Illusion, das bei VW alles nicht so schlimm wird, weil da ja immer noch konzernspezifische Regelungen den »regierungsamtlichen« Sozialabbau abmildern würden. Die Beteiligung war daher nicht so hoch, wie einige prognostiziert hatten; aus dem Buspendelverkehr wurde deshalb eine einfache Fahrt mit etwa zehn Bussen. Rund 500 KollegInnen beteiligten sich aus dem VW-Werk, insgesamt gesehen war es aber eine Demonstration, die in der Öffentlichkeit stark registriert wurde, auch wenn bei der Kundgebung fast die Hälfte der Teilnehmer zum nahegelegenen Weihnachtsmarkt oder in die Innenstadt abwanderte. Die Reden, die angeboten wurden, waren für viele nun wirklich keine Attraktion. Insgesamt waren aus allen Salzgitteraner Metallbetrieben knapp 4000 KollegInnen beteiligt, die Jugend war – nicht unbedingt überraschend – besonders gut vertreten.

In der Fortsetzung des hier begonnenen »Kampfes gegen die Rente ab 67« kam es nicht mehr zu einer Steigerung, eine gut besuchte Funktionärskonferenz wurde leider auf die Saalveranstaltung beschränkt, der geplante Besuch der Parteibüros von SPD und CDU musste ausfallen, weil die Büros an diesem Tag keine Sprechstunde hatten, die verabschiedete Resolution musste deshalb postalisch zugestellt werden.

Später gab es im Bezirk Hannover noch eine Postkartenaktion: Rote Karten mit Unterschrift, die auf der zentralen Kundgebung in Berlin von einigen angereisten Funktionären überreicht wurden.

Der gesamte Ablauf der Auseinandersetzung zeigt, wie durch »gut geplante« Aktionen eine eher gering entwickelte Bereitschaft zur Gegenwehr noch zurückgefahren werden kann.

In Berlin am 9. März 2007 waren dann 3.000, überwiegend Jugendliche dabei, 140 aus Salzgitter. Dann noch Funktionäre, mit dem Bus angereist, die die roten Karten übergaben. Diese Aktion war auf einen Bezirk beschränkt, andere Bezirke, wie Küste, hatten Unterschriften auf Transparenten gesammelt. ■

A black and white photograph of a building facade. On the left, there is a window with a white frame. To the right of the window is a large, dark utility cabinet or mailbox. The cabinet has a circular handle and a small lock. To the right of the cabinet, there is a potted plant with dark leaves. The overall scene is a typical urban or residential building exterior.

■ DIE ERSTEN AKTIONEN

Telekom – Arbeitsplatzabbau ohne Ende?

Die Ersetzung von Kai-Uwe Ricke durch René Obermann als Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG im letzten Herbst und die geplante Ausgliederung von 50.000 Beschäftigten der TCOM in neue Tochtergesellschaften mit eigenen – verschlechterten – Tarifverträgen sind weitere Etappen einer ständigen Umstrukturierung des Unternehmens in den letzten zehn Jahren. Entscheidende Meilensteine dieser Entwicklung waren bisher: Die Dreiteilung der Deutschen Bundespost in Post, Telekom und Postbank, der Börsengang der Telekom, die Drei-Säulen-Strategie, d.h. die Trennung der Bereiche Festnetz, Internet und Mobilfunk in eigene Tochtergesellschaften, die weltweite Übernahme von Telekommunikationsgesellschaften durch die Telekom und schließlich die Re-Integration der Internettochter T-Online in die Festnetzsparte T-COM.

Diese Schritte markieren immer neue Versuche, die Marktposition gegenüber der stärker werdenden Konkurrenz zu behaupten. Die Auswirkungen auf die Beschäftigten werden immer gravierender.

Wegfall des Postmonopols und freier Wettbewerb

Die Zerschlagung der Deutschen Bundespost im Jahre 1990 machte den Weg frei für eine Privatisierung der drei neuen Unternehmen. 1995 wurde die Deutsche Telekom AG gegründet und im Herbst 1996 erfolgte der erste Börsengang des Unternehmens. Begleitet wurde dies durch einen ungeheuren propagandistischen Aufwand, der nicht nur die T-Aktie selbst populär machte, sondern auch mit dazu beitrug, die »Aktienkultur« in Deutschland zu verbreitern.

Parallel zur Privatisierung wurde das Monopol der Telekom auf dem Gebiet der Telekommunikation aufgehoben. Die Telekom wurde mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes einem wachsenden Konkurrenzdruck ausgesetzt. Trotz Privatisierung und Liberalisierung ist der Telekommunikationsmarkt auch weiterhin sehr stark von politischen Vorgaben bestimmt. Überwacht wird dieser Wettbewerb durch die »Regulierungsbehörde« (Bundesnetzagentur), deren Aufgabe darin besteht, die Lebensfähigkeit der

neuen Anbieter gegenüber dem ehemaligen Monopolisten zu garantieren. Erklärtes Ziel der Behörde ist es, den Marktanteil der Telekom AG auf unter 50 Prozent zu drücken. (Heute hat die Telekom im Festnetz trotz der hohen Kundenverluste noch immer einen Anteil von ca. 80 Prozent aller Anschlüsse.)

Noch bis 1989 war das Anbieten von Telekommunikationsdiensten Aufgabe der staatlichen Behörde Bundespost, die diese – am »Gemeinwohl« orientiert – der Bevölkerung und den Unternehmen zur Verfügung zu stellen hatte. Sollte diese so die Voraussetzungen kapitalistischer Produktion sichern, so wurden mit der Privatisierung die Telekommunikationsdienste selbst zur Ware, die den TK-Unternehmen Profit sichern sollten. Es entstanden neue Anbieter, die eine eigene Netzinfrastruktur aufbauten und solche, die die Netze der Telekom nutzen und Telefonverbindungen über »Call-by-Call« billiger anbieten als die Telekom selbst. Der Wechsel der Anbieter hielt sich in den ersten Jahren nach der Privatisierung sehr in Grenzen und die Telekom konnte so zumindest noch bei den Grundgebühren ihren Umsatz halten. Bei den Gesprächsgebühren musste die Telekom allerdings drastische Umsatzeinbußen hinnehmen.

Strategie der Telekom hierauf war es, den verringerten Umsatz im Inland durch eine Expansion im Ausland auszugleichen. Vor allem in Osteuropa übernahm die Telekom viele ehemals staatliche TK-Unternehmen. Aber auch in westeuropäischen Ländern konnte sie Fuß fassen. Die bedeutendste Übernahme war jedoch der Kauf der US-amerikanischen Mobilfunkunternehmen VoiceStream und Powertel. Die Telekom wurde so zum »Global Player« und in Deutschland zum Inbegriff dessen, was mit dem Begriff der »Globalisierung« verbunden wurde. Der Umsatz der Telekom konnte somit enorm gesteigert werden.

Damit einher ging jedoch eine starke Verschuldung des Unternehmens, z.T. durch die Kosten der Übernahmen selbst, aber auch durch notwendige Investitionen in den erworbenen Unternehmen. Bis 2001 häufte sich ein Schuldenberg von 67 Mrd. Euro an. Diese Tendenz wurde anfangs nicht als besonders bedrohlich angesehen, da es gleichzeitig Entwicklungen gab, die dem »magentafarbenen Riesen« eine rosige Zukunft verhießen:

Die Entwicklung des Internets und darauf basierend der »new economy« schien den Unternehmen der IT- und der TK-Branche unbegrenztes Wachstum zu garantieren. Die T-Aktie schien sich vor diesem Hintergrund zu einem Erfolgsmodell ohne Gleichen zu entwickeln. Der Börsengang der Telekom war ein Auslöser und ein bedeutendes Symbol des Börsenbooms von 1998 bis 2002. Die Telekom konnte sich so als erfolgreiches Unternehmen präsentieren und musste auch im Inland investieren, um auf den neuen Märkten erfolgreich bestehen zu können. Es mussten neue Geschäftsbereiche aufgebaut werden und vor allem in den Sparten T-Online (Internet), T-Mobile (Mobilfunk) und T-Systems (Informationstechnologie) wurden viele Beschäftigte neu eingestellt, bzw. durch Übernahmen hinzugekauft (debis). 27.000 Menschen wurden von der Muttergesellschaft in Tochtergesellschaften »überführt«. Für viele war dies mit einer beruflichen Neuorientierung und mit der Perspektive eines Aufstiegs verbunden.

Ende der »new economy« macht Probleme deutlich

Im Kernbereich der DTAG, dem Festnetz, gab es jedoch auch in dieser Zeit schon einen Abbau von Arbeitsplätzen. Von 1995 bis 2005 wurden über 100.000 Arbeitsplätze vernichtet.

1994 waren bei der Deutschen Bundespost Telekom noch 229.000 Menschen beschäftigt. Ende 2005 gab es bei der Deutschen Telekom AG (d.h. ohne T-Mobile und T-Systems) noch 106.000 Menschen.

Dieser Abbau erfolgte weitgehend durch die »natürliche Fluktuation«, indem frei gewordene Stellen nicht wieder neu besetzt wurden. Es wurde allerdings auch nachgeholfen, z.B. durch eine exzessive vorzeitige Pensionierung von Beamten wegen Krankheit. (Die im Gegenzug bei den neuen Unternehmen aufgebauten Arbeitsplätze waren und sind im Vergleich zu diesem Abbau unbedeutend. Es gibt etwa 2300 Unternehmen, die Telekommunikationsdienste anbieten. Alle Unternehmen zusammen beschäftigten 2006 nicht einmal ein Drittel der bei T-COM und T-Mobile Angestellten. Und seit 2001 ist auch hier die Tendenz rückläufig.)

Verstärkt wurde dies allerdings nach dem Zusammenbruch der »new economy«, als die Zukunft der Telekom weitaus düsterer aussah als zuvor. Der Wechsel von Ron Sommer zu Kai-Uwe Ricke an der Spitze markierte auch einen Wechsel in der Unternehmensstrategie. Im Mittelpunkt stand nun der Schuldenabbau und das bedeutete einerseits den Verzicht auf weitere umfangreiche und kostspielige Akquisitionen und andererseits eine rigide Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten. Der »natürliche« Prozess des Arbeitsplatzabbaus genügte dem Management ab 2003 nicht mehr. Es wurden neue »Instrumente« zur Reduzierung der Personalkosten und der Arbeitsplätze entwickelt.

Zum einen eine Reduktion der Löhne und Gehälter um ca. 6 Prozent bei Verringerung der Arbeitszeit um etwa 10 Prozent. Einschneidender jedoch war die Gründung einer unternehmenseigenen Personalservice-Agentur, später »vivento« genannt. In den einzelnen Standorten als »überflüssig« deklarierte Beschäftigte werden in einem speziellen Pool zusammengefasst. Die Betroffenen sollen dann unternehmensintern dort zum Einsatz kommen, wo Arbeitskräfte benötigt werden, extern verliehen oder in neue Arbeitsverhältnisse vermittelt zu werden. In den betroffenen Standorten löste dies bei den Beschäftigten große Unsicherheit aus. Viele Beschäftigte wurden zu vivento versetzt, ohne dass

ihnen von dort eine neue Tätigkeit angeboten wurde. Für sie wird das Gehalt nach drei Monaten auf 85 Prozent reduziert und die Kriterien für die Zumutbarkeit einer zugewiesenen Arbeit verschlechtern sich vierteljährlich sowohl hinsichtlich der Qualifikation als auch in Bezug auf die Entfernung vom Wohnort. Andere konnten tatsächlich innerhalb des Konzerns oder auch extern vermittelt werden (z.B. Arbeitsagentur). Mit den zu vivento Versetzten wurden aber auch ganz neue Betriebe (z.B. Call Center) aufgebaut, die dann z.T. an andere Unternehmen verkauft wurden oder noch verkauft werden sollen. Dies ist für die Betroffenen z.T. mit erheblichen Gehaltseinbußen verbunden. Bis Ende 2004 wurden bis zu 31.000 Beschäftigte zu vivento abgeschoben, davon wurden 13.000 dauerhaft in Beschäftigungsverhältnissen außerhalb des Konzerns untergebracht.

Eine weitere Maßnahme zur Einsparung von Personalkosten war die Ausgliederung der T-Punkte aus der Telekom AG zu einer eigenen Gesellschaft, für die ein gesonderter Tarifvertrag abgeschlossen wurde mit dem Ziel, die Löhne auf das Niveau des Einzelhandels abzusenken. Wurde für bereits Beschäftigte auch ein Bestandsschutz in Höhe von 97 Prozent des alten Gehalts vereinbart, so gilt für neu Eingestellte der abgesenkte Tarif.

Kundenverluste und Finanzinvestor »Blackstone« verschärfen den Sparkurs

Ab 2005 unternahm der Vorstand der Telekom verstärkt Anstrengungen um Personalkosten in stärkerem Maße einsparen zu können. Mit den bis dahin eingeleiteten Maßnahmen konnten die gesteckten Ziele nicht erreicht werden. Es wurde ein umfassendes Programm zum »Personalumbau« entwickelt, wie die vorgesehene Vernichtung von 25.000 Arbeitsplätzen bis 2008 beschönigend genannt wird. Hierzu wurden Abfindungen bereitgestellt und vielen Beschäftigten wurde von ihren Vorgesetzten eindringlich geraten, diese auch anzunehmen.

Allerdings ergaben sich solch rigide Sparpläne keineswegs zwangsläufig aus dem in 2005 erzielten Ergebnis des Telekom-Konzerns. Mit einem Konzernüberschuss von 5,6 Mrd. Euro war das der höchste Gewinn seit Bestehen des Unternehmens. Der Vorstand musste tief in die Trickkiste greifen, um Argumente für seine Pläne zu finden. Früher hieß es stets »*die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen*«. Damit sollten die Beschäftigten auf die Politik des Unternehmens eingeschworen werden und Verzicht üben, um den Profit des Unternehmens zu sichern. Dass nun aber gerade angesichts dieser glänzenden Bilanz Arbeitsplätze in einer solchen Größenordnung abgebaut werden sollten, war nicht zu vermitteln. Jetzt hieß es, die Gewinne spiegelten nur die Situation von gestern wider und die Arbeitsplätze müssten abgebaut werden, um auch zukünftig am Markt bestehen zu können.

Nachdem in den Jahren 2002 und 2003 die Dividendenzahlungen an die Aktionäre ausgesetzt waren, wurden in 2005 erstmals wieder Dividenden ausgeschüttet, mit 72 Cent je Aktie die höchste Dividende der Unternehmensgeschichte. Derartige Dividenden sollten auch für 2006 und darüber hinaus erfolgen, damit der Aktienkurs nicht noch weiter abrutscht.

2005 hatte Kai-Uwe Ricke der Finanzwelt eine Steigerung der Rendite bis 2007 auf 9 Prozent versprochen. 2005 lag dieser Satz noch unter 8 Prozent. Unter den gegebenen Rahmen-

Der große Kehraus bei der Telekom

Top-Adresse Telekom? Für Michael Prokop war das einmal. Vor zwei Jahren wechselte der Mitarbeiter eines Callcenters der Festnetzsparte T-COM in die konzerneigene Beschäftigungsgesellschaft Vivento Customer Services. Im Oktober 2006 wurde sein Teilbetrieb dann an den Telekom-Partner Walter-Services verkauft – für Prokop ein Schock: Sein Gehalt von fast 3000 Euro brutto monatlich wird in den nächsten fünf Jahren auf nur noch rund 1000 Euro sinken. Dazu hat der neue Eigentümer das Recht, weil dessen Tarifvertrag die Regeln bei der Telekom ablöst. Einzig an der Aufgabe ändert sich für den 36-jährigen Magdeburger nichts: Prokop nimmt weiter Anrufe entgegen – vor allem für die Telekom.

Ähnlich wie Prokop wird es in den nächsten Jahren Zehntausenden T-Mitarbeitern gehen. Auf der Agenda des neuen Chefs René Obermann steht nach der Gewinnwarnung am 28. Januar eines der größten Umbauprogramme der deutschen Unternehmensgeschichte. Vorgänger Kai-Uwe Ricke musste Mitte November wegen der miesen Aktienperformance nach vier Jahren an der Spitze seinen Hut nehmen; er bekam immerhin eine Abfindung von geschätzt 2,5 Millionen Euro. Werden niedere Chargen ausgemustert, kommen sie nicht so glimpflich davon: Kündigung, Vorruhestand, oder neue Jobs in ausgliederten Tochterfirmen sind meist mit schmerzhaften Einbußen verbunden.

Doch da müssen die Kollegen durch. Denn Obermann will in zwei Jahren nur noch gut 100.000 Mitarbeiter im eigentlichen Konzern haben – 65000 weniger als heute. Für knapp 20.000 Mitarbeiter greift das Abfindungsprogramm. Geht es nach dem Neuen, wechseln 45.000 in die Ausgründung T-Service. Davon stehen mehr als 10.000 Kollegen zur Disposition, falls Obermann Betriebe verkauft, in denen sie arbeiten. Ab 2009 drohen zudem 20.000 Entlassungen bei Festnetz und Mobilfunk. Dann stellt die Telekom ihr Netz auf zentrale Internettechnik um, was manuelle Wartung unnötig macht.

Seit Ende November läuft zusätzlich ein Programm zur Frühpensionierung von Beamten: Bis zu 10.000 Kollegen sollen ab dem 55. Lebensjahr mit durchschnittlich 70 Prozent des Gehaltes in den Ruhestand wechseln.

Capital, 1.2.07 ■

bedingungen ist dies ein ehrgeiziges Ziel und nur durch eine gewaltige Reduktion der Personalkosten durchzusetzen. Dies ist der tatsächliche Grund für den eingeleiteten Personalabbau.

Diese Tendenz verstärkte sich mit dem Einstieg des Finanzinvestors Blackstone. Wurden solche Unternehmen im Bundestagswahlkampf 2004 von der SPD noch populistisch als »Heuschrecken« bezeichnet, so leitete Finanzminister Steinbrück die Beteiligung von Blackstone im April 2006 höchst persönlich ein. Der Bund verkaufte einen Teil seines Aktienpakets, so dass Blackstone einen Anteil von 4,5 Prozent am Unternehmen besitzt. Dieser Anteil ist nicht besonders groß, aber angesichts des großen Streubesitzes von Kleinaktionären, ist Blackstone damit nach dem Bund (noch 32 Prozent) der größte Anteilseigner und kann damit entsprechenden Druck aufbauen.

Die Herausforderung:

»In welche Richtung Obermann die Telekom künftig führen wird, ist bei einem Blick auf sein bisheriges Wirken im Konzern unschwer zu erraten: Auf seinen bisherigen Positionen hat er als Nachfolger Rickes jeweils dessen Kurs fortgesetzt, nur mit mehr Energie und mehr Lust an der Konfrontation.« Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung ■

ver.di antwortet:

ver.di Bundesverwaltung, FB 9: »Verdi wird diesen Weg weiterhin beschreiten und erwartet von den Beschäftigtengruppen der Telekom solidarisches Verhalten, um anstehende Belastungen möglichst gleichmäßig und statusunabhängig zu verteilen.« ■

Ziel von Blackstone ist eindeutig eine höhere Verzinsung seiner Anlagen und eine Steigerung des Aktienkurses. Hierbei hat Blackstone die Unterstützung des Bundes, dem auch an einer Steigerung des Kurswertes gelegen ist, um weitere Anteile möglichst lukrativ verkaufen zu können. 2006 hatte die Telekom eine Ausschüttungsquote von 82 Prozent. Bei einem Nettogewinn von etwa 88 Cent je Aktie wurde eine Dividende von 72 Cent gezahlt. Die Ausschüttungsquote der Dax-Unternehmen liegt durchschnittlich bei 40 und in Europa bei 50 Prozent (Handelsblatt, 31.1.2007). Für dieses Jahr wird bei geringeren Gewinnen eine Ausschüttung von 90 Prozent erwartet (Handelsblatt, 22.2.2007). Eine solche Quote muss an die Substanz des Unternehmens gehen. »Wie soll die Telekom Investitionen tätigen, Schulden abbauen oder Durststrecken überstehen?« fragt Frank Schallenberg von der Landesbank Baden-Württemberg.

Der ab 2005 verstärkt einsetzende Kundenverlust im Festnetzbereich verschärfte die Probleme. Zwei Millionen Kunden verlor hier die Telekom 2006. Damit wuchsen aber auch die Zweifel, ob es der Telekom bei Fortsetzung ihres bisherigen Kurses gelingen könnte, ihre Position dauerhaft zu behaupten. Es entstand der Plan zur Ausgliederung von 50.000 Beschäftigten des technischen Services und der Callcenter. Allerdings wuchsen auch die Zweifel, ob die von Kai-Uwe Ricke verfolgte Politik in der Lage sei, derartige Ziele durchzusetzen. Auch hier soll es die Blackstone-Gruppe gewesen sein, die mit Unterstützung des Bundes auf einen Kurswechsel drängte und die Ersetzung von Ricke durch Obermann an der Spitze der Telekom durchsetzte. Diesem Wechsel folgte der Austausch etlicher langgedienter Vorstandsmitglieder bei der Telekom AG und der TCOM.

In der Öffentlichkeitsarbeit wird seit dem das Thema »Servicequalität« stark in den Vordergrund gestellt. Welche Maßnahmen auf diesem Gebiet ergriffen werden sollen, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, dass der Wechsel an der Spitze vor allem auch einen Wechsel im Verhältnis zu den Beschäftigten und zu den Gewerkschaften bedeutet.

Dies wird deutlich an der Auseinandersetzung um den Posten des Personalvorstandes. Traditionell bedarf es für die Besetzung dieser Position der Zustimmung der Gewerkschaften. Doch die von ver.di nominierte Kandidatin Regine Büttner – Personalmanagerin von T-Systems und Ehefrau von Rolf Büttner, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und im Auf-

Willkommene Bad Guys

»Die einst von der Politik geschmähten Finanzinvestoren sind zu diskreten Erfüllungsgehilfen des Staates aufgestiegen. Vom Engagement dieser Manager sollten deutsche Aufsichtsräte lernen.

Das ist mal eine Karriere. Noch vor wenigen Monaten überschlugen sich Politiker, ihre Abscheu gegenüber Finanzinvestoren öffentlich zu machen. Franz Münteferings Wort von den »Heuschrecken« schaffte es so in rekordverdächtig kurzer Zeit in den allgemeinen Sprachgebrauch. Die Private-Equity-Branche war dermaßen alarmiert, dass sie eine Armada von PR-Agenten anheuerte und ihre prominentesten Vertreter in Ministerzimmer, Talkrunden und Hintergrundgespräche einschleuste.

Hier muss man sagen: Der Image-Turnaround ist fast vollständig geglückt. Die milliardenschweren Finanzinvestoren sind nicht mehr nur als unvermeidlicher Bestandteil der internationalen Kapitalmärkte geduldet. Sie sind heiß willkommen – und zwar vor allem bei der Politik.

Augenfälligstes Beispiel ist der Chefwechsel bei der Deutschen Telekom. Der Bund, mit rund 30 Prozent Hauptaktionär des ehemaligen Monopolisten, ist seit vielen Jahren unzufrieden mit dem Aktienkurs. Berlin will weitere Anteile verkaufen, nur ist das bei Kursen um die 15 Euro bei weitem nicht so attraktiv wie gewünscht.

Klassisches Outsourcing Normalerweise wird ein Hauptaktionär in einem solchen Fall direkt oder über den von ihm entsandten Aufsichtsratschef aktiv und triebt das Manage-

ment bis die Zahlen stimmen. Nicht so der Bund. Er ließ – obwohl unglücklich über den Wert der Beteiligung – Vorstandschef Kai-Uwe Ricke lange Zeit in Ruhe. (...) Was da durchschimmerte war der alte Loyalitätsreflex deutscher Spitzenmanager.

Die Formulierung der etwas härteren Gangart hatte der Bund da schon lange an Blackstone outgesourct. Diesem Finanzinvestor hatte das Finanzministerium im Frühjahr 4,5 Prozent der Anteile verkauft. Die Rolle des renditetreibenden Bad Guy übten die Investoren jetzt zum ersten Mal aus. Kleiner Anfangserfolg: Die T-Aktie stieg am Montag nach Bekanntgabe des Chefwechsels kräftig.

Financial Times Deutschland, 14.11.2006 ■

»Mit Guffey (Vertreter von Blackstone im Telekom-Aufsichtsrat) weht ein anderer Wind im Aufsichtsrat. »Bis dahin war es eine Versammlung honoriger Herren, die zwar zu den Sitzungen erschienen, sich aber eher oberflächlich mit den wichtigen Dingen befassten«, heißt es in Konzernkreisen.

Mit Blackstone kommt jemand in dieses Gremium, der sich in der internationalen Telekommunikationsbranche auskennt, der alles in Frage stellt und jede Entscheidung unter dem Gesichtspunkt betrachtet: »Was bringt das dem Aktienkurs?« Diese glasklare, nüchterne, häufig auch unbequeme Sicht der Kapitalmärkte, die habe es vorher im Aufsichtsrat nicht gegeben, erzählt ein Insider.

Handelsblatt, 24.11.2006 ■

sichtsrat der Post AG – scheiterte am Widerstand von Blackstone. Der Posten ist seit dem nur kommissarisch besetzt.

Die Rolle von ver.di

Das Verhältnis von Arbeitgeber und Gewerkschaften im Telekom-Konzern ist sehr stark sozialpartnerschaftlich geprägt. Dabei gelang es der Deutschen Postgewerkschaft und später ver.di, für die Beschäftigten auch nach dem Wegfall des Postmonopols und trotz aller durchgeführten Umstrukturierungen die Löhne der Beschäftigten und die Arbeitsplätze zu sichern. Besonders geschätzt wird der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, der im Jahr 2004 bis Ende 2008 verlängert wurde. Dies konnte die Gewerkschaft aber nicht aufgrund ihrer starken Kampfkraft durchsetzen, sondern durch Kompensation, indem sie an verschiedenen Punkten Zugeständnisse zu Lasten der Lohnabhängigen machte. Es wurde nie ernsthaft versucht, eine Maßnahme des Unternehmens zu verhindern. Ver.di versuchte vielmehr diese Maßnahmen mitzugestalten und das Schlimmste zu verhindern. In diesem Sinne wurden eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, um wenigstens Entlassungen und Lohnsenkungen auf breiter Ebene zu verhindern:

→ Ver.di stimmte 2001 einem neuen Besoldungssystem zu, das eine Abkehr vom System des öffentlichen Dienstes mit steigendem Lohn im Alter und Zuschlägen für Familie und Kinder beinhaltete. Ein Teil der Sonderzahlungen wird von der »Beurteilung« durch den Vorgesetzten oder von der Erfüllung vereinbarter Ziele abhängig gemacht. Die Verschlechterungen durch den neuen Tarifvertrag im

öffentlichen Dienst wurden hier schon fünf Jahre vorweggenommen. Für viele KollegInnen hatte dies eine schlechtere Eingruppierung ihrer Tätigkeit zur Folge.

→ Ver.di leistete keinen Widerstand gegen die ständigen Umstrukturierungen und gegen die Ausgliederung in Tochtergesellschaften mit eigenem Tarifvertrag. Die Betriebsräte »gestalteten« diese Prozesse aktiv mit. Die Folge ist ein tarifpolitischer Flickenteppich selbst innerhalb des Konzerns.

→ Ver.di stimmte der Gründung von vivo zu und regelte dies in einem Tarifvertrag.

→ Ver.di stimmte der Ausgliederung der T-Punkte aus der TCOM zu und schloss für die neue Gesellschaft einen eigenen Tarifvertrag ab.

→ Ver.di konnte zwar eine Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 34 Stunden vereinbaren, stimmte im Gegenzug aber auch einer Gehaltskürzung von sechs Prozent zu.

Die Folge ist, dass die Beschäftigten den immer weitergehenden Angriffen der Unternehmensleitung hilflos gegenüber stehen. Sie haben nie die Erfahrung kollektiven Widerstands gemacht und die Sicherung ihres Arbeitsplatzes wurde stets durch Zugeständnisse erkaufte. Bei jedem neuen Angriff stellt sich daher die Frage, ob auch dieser durch Nachgeben an anderer Stelle abgeschwächt werden kann und wie weit die Zugeständnisse diesmal gehen müssen.

Die Schwäche der Gewerkschaft bei der Telekom hat vor allem drei Ursachen:

1. Noch immer sind fast die Hälfte der bei der Telekom AG Beschäftigten Beamte. Für sie gelten andere gesetzliche

Bestimmungen und der Tarifvertrag hat für sie keine unmittelbare Bedeutung. Auch der Abbau von Arbeitsplätzen trifft sie nur indirekt. Dafür sind die anderen Arbeitnehmer nicht durch Pläne zur Verschlechterung des Beamtenstatus betroffen. Diese Spaltung der Beschäftigten erschwert einen gemeinsamen Widerstand, zumal die Beamten nicht streiken dürfen und so Arbeitskämpfe erschweren.

2. Durch die Ausgliederung ganzer Bereiche aus der Telekom AG in Tochtergesellschaften mit eigenen Tarifverträgen gibt es im Telekom-Konzern einen Flickenteppich an tarifvertraglichen Regelungen, der eine kollektive Gegenwehr ebenfalls erschwert. Gibt es im Bereich der TCOM noch sichtbare gewerkschaftliche Strukturen, so sind diese in den Tochtergesellschaften sehr schwach ausgeprägt und zum Teil gar nicht vorhanden.
3. Ver.di spielt sehr stark die Rolle einer Betriebsgewerkschaft. Dies geht auch auf die Tradition der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zurück, die sich vor allem auf die Personalräte stützte. Tarifpolitisch gehörte die Deutsche Bundespost in den öffentlichen Dienst und hier hatte die ÖTV die führende Rolle. Heute ist im Fachbereich 9 von ver.di die Telekom das entscheidende Unternehmen und ver.di muss fürchten mit diesem unterzugehen. Die Interessen der Lohnabhängigen in Richtung Unternehmensleitung zu formulieren und zu vertreten, sind nur ein Aspekt der ver.di-Politik. Ebenso wichtig ist es für ver.di, das Interesse des Unternehmens gegenüber der Politik und der Regulierungsbehörde zu vertreten. Vor allem Proteste gegen »unfaire und wettbewerbsverzerrende« Auflagen der Regulierungsbehörde sind stets wiederkehrender Bestandteil der ver.di-Politik. Damit soll die Stellung der Telekom gegenüber konkurrierenden Unternehmen gestärkt werden.

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ist immer wieder erklärtes Ziel von ver.di. Angesichts der Pläne zum Abbau von 25.000 Stellen schrieb die Gewerkschaft in einem an die Beschäftigten gerichteten Flugblatt: »*Neue Produkte und Dienstleistungen könnten Arbeitsplätze sicherer machen. Schreiben Sie uns Ihre Ideen für Produkt- und Dienstleistungsinnovationen.*« Von der Telekom fordert ver.di »*eine Innovations-, Qualitäts- und Serviceoffensive, um die Beschäftigungsperspektiven und die Übernahmekancen zu verbessern.*« Und ganz Co-Management verlangt ver.di auch »*eine beschäftigungserhaltende Ausgestaltung der internen Leistungsbeziehungen im Konzern.*« Wer aber die Sicherung der Arbeitsplätze schon in der eigenen Propaganda derart eng an die Frage der Wettbewerbsfähigkeit koppelt, kann die Interessen der Lohnabhängigen nicht verteidigen, wenn das Unternehmen Marktanteile in größerem Umfang verliert.

Als die Pläne zum Abbau von 25.000 Arbeitsplätzen auf den Tisch kamen, gab es immerhin Kundgebungen an verschiedenen Standorten, an denen sich ca. 30.000 Beschäftigte beteiligten. Diese Kampagne wurde allerdings eingestellt, als der Vorstand sich davon nicht beeindruckt ließ und im Aufsichtsrat auch der Bund diesen Plänen zustimmte. In der Lohnrunde 2006 war es auch möglich, in einigen Standorten mehrtägige Streiks durchzuführen. Insgesamt können die

bisherigen Aktionen noch nicht als Ausdruck gewerkschaftlicher Kampfkraft gewertet werden. Es sind allerdings wichtige Erfahrungen, an denen aktive KollegInnen anknüpfen können, wenn sie sich für kommende Auseinandersetzungen vorbereiten.

Vor richtungsweisenden Entscheidungen

Die Pläne des Telekom-Vorstands stellen für die Beschäftigten eine große Herausforderung dar. Wenn es gelingt 50.000 Beschäftigte im Service-Bereich und in Callcentern in neue Unternehmen auszugliedern und die Löhne um 20 bis 30 Prozent zu drücken, bedeutet dies nicht nur für die Betroffenen starke Einbußen. Der Service ist der Bereich, in dem ver.di am stärksten organisiert ist und wo Streikaktionen am ehesten eine Wirkung entfalten. (so z.B. bei den Warnstreiks für höhere Löhne 2006). Würde dieser Sektor aus dem Geltungsbereich des Tarifvertrages für die Telekom AG herausgeschnitten, wäre der Rest der Telekom AG und des ganzen Konzerns den Angriffen noch wehrloser ausgesetzt als bisher schon.

Ver.di will die Auslagerung verhindern, organisiert Protestaktionen und droht auch mit einem Streik. Allerdings wird auch schon jetzt in den Tarif-Infos von ver.di ein Kompromiss angedeutet: »*Gleichzeitig fordert ver.di die Volltarifizierung aller geplanten Gesellschaften auf hohem Niveau, falls an der Auslagerung festgehalten wird.*« Wie weit die Tarife abgesenkt werden können, um noch als »*hohes Niveau*« durchzugehen, könnte dann Gegenstand der Verhandlungen sein.

Eine weitere wichtige Auseinandersetzung ist die um eine Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Kündigungen. Dieser Schutz läuft Ende 2008 aus. 2008 will die Telekom auch mit der Umstellung ihrer Netzstruktur auf Internettechnik beginnen, was notwendige Wartungsarbeiten stark verringern und Arbeitsplätze einsparen wird.

Soll die Auslagerung von 50.000 Arbeitsplätzen verhindert und die Verlängerung des Kündigungsschutzes durchgesetzt werden, ist dafür eine Kurswende in der Gewerkschaftspolitik erforderlich. Für Kompensationen wie in der Vergangenheit ist kaum noch Luft.

Um das Management weiterhin zufrieden zu stellen, müssten die ver.di-Hauptamtlichen schon stark an die Substanz der bisherigen Tarife gehen – das würde aber einer Kapitulation gleichkommen.

Ver.di sammelt zur Zeit Unterschriften von Telekom-Kunden, womit diese beim Vorstand gegen den Stellenabbau protestieren und die Befürchtung vor einem noch schlechteren Service zum Ausdruck bringen. **Wichtiger wäre es, den Bund als größten Anteilseigner nicht aus der Verantwortung zu entlassen, seine Rolle im Aufsichtsrat deutlich zu machen und den Kampf so über die Grenzen der Tarifstreitigkeiten auf eine politische Ebene zu heben.** Wenn die Pläne des Telekom-Vorstands für Arbeitsplatzabbau und Ausgliederung als eine Folge der Privatisierung erklärt werden, könnten die **gemeinsamen Interessen** der Telekom-Beschäftigten mit anderen Lohnabhängigen betont werden, deren Unternehmen ebenfalls privatisiert wurden oder denen die Privatisierung droht (Bahn, Post, Kommunen). Erfolgreich kann eine solche Kampagne aber nur sein, wenn sie über die Aktionsformen einer Bürgerinitiative hinausgeht und in der Lage ist, betriebliche Aktionen einschließlich Streiks zu entwickeln.

16.4.07 ■

Wenn man keine Wahl hat bei der Wahl

Angesichts des bevorstehenden Zusammenschlusses von WASG und PDS zu einer linksreformistischen Partei ist all überal die Diskussion über die Entwicklung einer politischen Alternative zu den bürgerlichen Parteien entbrannt.

Die einen sehen bereits jetzt die Bedingungen für die Gründung einer alternativen Partei gekommen, andere wollen damit noch eine Weile warten. Dritte sind wiederum der Meinung, dass das Parteimodell veraltet sei und man sich auf die Organisierung von sozialem Widerstand konzentrieren müsse. Unter den Anhängern dieser Position ist wiederum strittig, ob der sich dieser etwa aus den marginalisierten Schichten der Gesellschaft, dem sogenannten Prekariat, entwickeln soll oder aus den Kernbelegschaften der großen Unternehmen, ohne die die Profitproduktion in der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist.

Auch wenn in unseren Zusammenhänge nie die Notwendigkeit der Gründung einer kommunistischen Partei bestritten wurde, so haben wir doch immer darauf hingewiesen, dass der Weg dorthin angesichts des gegenwärtigen Zustandes der Linken und des Bewusstseinsstandes der Arbeiter

und Angestellten noch ein weiter sein wird. Dies heißt aber keineswegs, dass wir uns aus der aktuellen Debatte über die Bildung einer politischen Alternative der Linken verabschieden wollen. Wir glauben nicht, dass sich das Problem eines Tages von alleine lösen wird.

Im folgenden wollen wir deshalb mit zwei Beiträgen erste Eckpunkte unseres Selbstverständnisses formulieren. Einmal setzen wir uns mit dem Ergebnis der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus auseinander und hier besonders mit der WASG. Sie hat versucht, eine parlamentarische Alternative zu den bürgerlichen Parteien, resp. zur PDS zu bilden.

Außerdem veröffentlichen wir den Beitrag eines (ehemaligen) Mitgliedes der WASG, der einige grundsätzliche Anmerkungen zur Frage der Regierungsbeteiligung von linken Parteien niedergeschrieben hat. Schließlich sei noch auf den Beitrag »Antikapitalistische Perspektiven und Regierungsbeteiligung« von E. Lieberam hingewiesen, den wir bereits vor einigen Monaten auf unserer homepage www.arbeiterpolitik.de in der Rubrik »Zur Diskussion« veröffentlicht haben. Die Leser sind herzlich eingeladen, sich an der Debatte zu beteiligen. Die Redaktion ■

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin (2006)

Anfang November 2006 beschlossen SPD und die PDS für fünf weitere Jahre den Senat von Berlin zu stellen. Die Entscheidung wurde getroffen, obwohl oder gerade weil die PDS von ihrer Wählerschaft am 17. September 2006 abgestraft worden war.

Sie verlor in Gesamtberlin 5,9 Prozentpunkte. Die stärksten Rückgänge verzeichnete sie in ihren Stammbezirken in Ostberlin mit 14,3 Prozentpunkten. Sie kam dort lediglich auf einen Stimmenanteil von 30,4 Prozent. Deutlicher noch als die Prozentzahlen verdeutlichen die absoluten Zahlen den Absturz der PDS im Osten. Im Jahre 2001 erhielt sie dort 277.073 Stimmen, fünf Jahre später dagegen nur noch 160.449. Der größte Teil derjenigen, die die PDS 2006 nicht mehr wählten, wechselte nicht zu anderen Parteien, sondern blieb der Wahl fern. Sie sahen nicht mehr, dass die PDS ihre besonderen Interessen als Ostberliner zukünftig noch vertreten werde. Die Partei schien ihnen keine wirkliche Alternative mehr zu den Parteien des Westens zu sein.

Einige Entscheidungen, die der von der PDS mitgetragene Senat in der letzten Legislaturperiode getroffen hatte, erschütterten selbst das Vertrauen der treuesten Stammwähler in die PDS. So konnten sie nicht nachvollziehen, weshalb die Partei für die Streichung des Sozialtickets stimmte. Zwar wurde es nach heftigen Protesten wieder angeboten, doch verteuerte es sich um über 50 Prozent.

Die Veräußerung mehrerer Unternehmen des öffentlichen Wohnungsbaus verunsicherte viele Anhänger der PDS ebenfalls. Sie sahen steigende Mieten auf sich zu kommen und befürchteten, eines Tages ihre Mieten nicht mehr bezahlen zu können. Die bereits von der letzten großen Koalition vorgenommene Privatisierung der Wasserbetriebe und der Verkauf von knapp 50 Prozent der Anteile an einen privaten

Investor wie die Veräußerung der Bewag an die schwedische Firma Vattenfall führten in der vergangenen Legislaturperiode zu deutlichen Steigerungen der Tarife und somit zu einer Verteuerung der in Berlin schon eh hohen Wohnnebenkosten, ohne dass der Senat versuchte, hier gegenzusteuern.

Bei der Wählerschaft der Partei aus dem öffentlichen Dienst wirkte sich aus, dass der Senat von Berlin den Rauschmiss des Landes aus der Tarifgemeinschaft der Länder wegen der noch zu Zeiten des CDU-Bürgermeisters Diepgen einseitig vollzogenen Anpassung der Ostgehälter an die Westtarife dazu nutzte, um die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst drastisch zu senken und die Arbeitszeiten in mehreren Bereichen ohne Lohnausgleich anzuheben.

Alle diese Maßnahmen, denen noch viele weitere hinzugefügt werden könnten, wurden mit dem Argument gerechtfertigt, man müsse die hohe Verschuldung Berlins zurückführen, um wieder handlungsfähig zu werden. Ohne die Beteiligung der PDS an der Sparpolitik wären die Maßnahmen noch drastischer ausgefallen und ohne soziale Komponente geblieben.

Einfluss auf das Wahlverhalten vieler PDS-Sympathisanten hatte sicherlich auch die Tatsache, dass der in Ostberlin äußerst populäre Gregor Gysi nicht mehr als Spitzenkandidat angetreten war. Er hatte sich öffentlich selbst bezichtigt, Bonuspunkte für Flugreisen, die er als Bundestagsabgeordneter erworben hatte, für private Reisen eingelöst zu haben. Er war nach kurzer Amtszeit vom Posten des Wirtschaftsensors zurückgetreten. Darauf hin verließ er die Niederungen der Landespolitik. Mit seinem Abgang ging für viele Wähler der PDS ein Stück »Ostidentität« verloren. Sein Nachfolger, der Westler Harald Wolf, vermochte diese Lücke nicht zu schließen.

Starker Rückgang der Wahlbeteiligung

Die geringe Wahlbeteiligung von 58 Prozentpunkten in Gesamtberlin, drückte sich in absoluten Zahlen für die beiden »Volksparteien« wie folgt aus:

Die SPD verlor über 110.000 Stimmen, gewann prozentual aber 1,1 Prozentpunkte. Sie konnte im Ostteil der Stadt allenfalls einen minimalen Teil ehemaliger PDS Wähler für sich gewinnen. Insgesamt kam sie auf 30,8 Prozent.

Die CDU, ohnehin schon bei den letzten Wahlen gebeutelt, verlor absolut 100.000 Stimmen. Dies drückte sich wie folgt aus: 2006 erhielt sie 21,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, im Jahre 2001 waren das noch 23,8 Prozent. Sie hatte nach dem Bankenskandal, dem damit verbundenen Rücktritt des alten Berliner CDU-Klüngels, in den letzten fünf Jahren keinen Tritt mehr fassen können. Mit dem »eingeflogenen« Kandidaten Pflüger konnte sie keinen Blumentopf gewinnen. In puncto Sparpolitik war der regierenden Koalition vom bürgerlichen Standpunkt nicht beizukommen.

Die FDP vermochte keinen Gewinn aus dem schwachen Abschneiden der CDU zu ziehen. Sie vertrat kompromisslos eine neo-liberale Politik, die aber in einer Stadt, in der sowohl im Osten wie im Westen jahrzehntelang zentrale Bereiche des alltäglichen Lebens vom Staat geregelt worden waren, auf keine große Resonanz stieß. Selbst unter ihrer traditionell anti-kommunistischen Wählerschaft befinden sich viele, die bei einem vollständigen Rückzug des Staates aus den Bereichen der Daseinsvorsorge erhebliche persönliche Nachteile hätten.

Die Grünen können als Gewinner der Wahlen angesehen werden. Die Zeit der Opposition, sowohl im Bundestag als auch im Abgeordnetenhaus, nutzten sie, um im bürgerlichen Lager ihr Profil als Alternative zu den beiden Volksparteien zu stärken. Das gediegene Mittelschichtklientel brauchte sich so nicht mehr mit den unangenehmen Entscheidungen aus der Zeit der Regierungsbeteiligung wie etwa der Zustimmung der Grünen zum Jugoslawienkrieg auseinander zu setzen, sondern konnte sich wieder auf die programmatischen Aussagen der Grünen, der Herstellung angenehmer Lebensverhältnisse unter den Bedingungen der Marktwirtschaft, konzentrieren. Die bei jungen Familien populäre Forderung nach Erhöhung der Bildungsausgaben kam bei ihren potentiellen Wählern gut an. Dabei sagten die Grünen ebenso wenig wie die anderen Parteien, die auch die Bildung zum Schwerpunkt ihrer zukünftigen Politik erklärt hatten, woher sie das Geld für den Ausbau des Bildungswesens nehmen wollten. Durch das Vordringen einkommensstarker Anhänger der Partei in die sanierten Altbaugebiete der innenstadtnahen Stadtteile Berlins, gelang es den Grünen nun auch im Osten der Stadt mehr Wählerstimmen zu gewinnen.

Weitere Gewinner waren Klein- und Kleinstparteien wie »Die Grauen« und die sog. Familienpartei. Sie erhielten Stimmen von denjenigen, die einzelne Bereiche der bisherigen Politik des Senates scharf kritisierten, aber grundsätzlich nicht den Rahmen der bürgerlichen Politik verlassen wollten.

Die NPD konnte mit 4,0 Prozent im Osten der Stadt Fuß fassen. Sie zog dort in vier Bezirksparlamente ein. In Marzahn-Hellersdorf erreichte sie mit 5,4 Prozent ihr Spitzenergebnis, in Lichtenberg mit 5,1 Prozent kaum weniger. In Gesamtberlin bekam sie 2,6 Prozent. Doch auch im Westberliner Bezirk Neukölln gewann sie 3,0 Prozent Stimmen und zog ins Bezirksparlament ein. Dort fühlen sich immer mehr Menschen sozial bedroht.

Die WASG

Die WASG wählten insgesamt 52.086 Bürger in Gesamtberlin, das sind 2,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Ostteil der Stadt machten etwa 27.000 Wähler hinter ihrer Liste ein Kreuz, im Westteil ca. 24.000. Sie übersprang in sieben (sechs Ost- und ein Westbezirk) der 12 Bezirke die 3 Prozent-Hürde, die zum Einzug in die Parlamente übersprungen werden musste. Die Anhänger der Partei feierten daraufhin das Ergebnis als grandiosen Erfolg. Doch schaut man genauer hin, so stellt man fest, dass z. B. die Grauen mit dem Einzug in 8 Bezirksparlamente noch erfolgreicher waren.

Die Freude über die gewonnenen Mandate täuscht nur darüber hinweg, dass die WASG ihr erklärtes Ziel, der bisherigen Senatspolitik im Parlament eine »Alternative« entgegen zu stellen, nicht erreicht hat. Damit schwanden auch alle Träume, über einen Wahlerfolg vielleicht doch noch den Vereinigungsprozess mit der PDS beeinflussen zu können.

Die Gründe für diesen Misserfolg sind vielfältig. Einmal musste sich die WASG-Berlin einer langen und aufreibenden Auseinandersetzung über die Frage stellen, ob sie denn überhaupt zu den Wahlen antreten dürfe. Der Bundesvorstand hatte eine eigenständige Kandidatur des Landesverbandes abgelehnt. WASG und PDS hatten im Zuge des Vereinigungsprozesses beider Parteien beschlossen, nicht gegeneinander antreten zu wollen. Zwar konnte sich die WASG Berlin mit juristischen Mitteln durchsetzen, doch auf der Strecke blieben über ein Drittel der 800 Parteimitglieder, die der innerparteilichen Querelen überdrüssig waren und nicht mehr an diesen Diskussionen teilnahmen. und sie verloren ein knappes Drittel, das bereit war, auf der Liste der PDS zu kandidieren. So auf wenige Hundert Aktivisten geschrumpft, blieb nur noch wenig Kraft, einen aktiven Wahlkampf zu führen. Darüber hinaus versagte der Bundesvorstand der WASG-Berlin jegliche finanzielle Unterstützung, so dass die Berliner Ortsgruppe kaum öffentlichkeitswirksame Auftritte organisieren konnte.

Personell rekrutierte sich die WASG Berlin vor allem aus linken, organisatorisch nicht mehr gebundenen Kräften, die über die Politik der PDS im Senat enttäuscht waren, und aus Mitgliedern diverser trotzkistischer Gruppen resp. der SAV. Die Aktivisten konnten angesichts ihrer jahrelangen Erfahrungen in der politischen Arbeit die Handlungsfähigkeit der Partei sichern. Durch die kompromisslose Ablehnung der Senatspolitik gelang es der WASG immerhin einige Leute zu reaktivieren, die sich jahrelang nicht mehr politisch betätigt hatten und sogar jüngere Kräfte für die Mitarbeit zu gewinnen, die noch nie in einem organisatorischen Zusammenhang gearbeitet hatten.

Die WASG trat mit dem Anspruch an, der parlamentarische Repräsentant der sozialen Bewegungen in der Stadt sein wollen. Doch die kräftezehrenden innerparteilichen Auseinandersetzungen und die nur auf wenige Mitglieder gestützten Wahlaktivitäten, ließen den Aktiven kaum Zeit, in den bestehenden sozialpolitischen Zusammenhängen weiter zu arbeiten. Sowohl das Berliner Bündnis gegen Privatisierung wie auch die Sozialbündnisse mussten ihre Arbeit zeitweise einschränken, weil viele ihrer Aktivisten ihre gesamte freie Zeit der Unterstützung des Wahlkampfes der WASG widmeten.

Ein weiteres Hemmnis für die Außendarstellung der Partei war, dass sie über keinerlei programmatische Identität verfügte. Das Wahlprogramm bestand aus einem Sammelsurium von Einzelaussagen, die alle nur ein Ziel besaßen, eine



Falls Arbeiter ins Rathaus wollen...

Gegenposition zur PDS zu formulieren. Dies reichte zwar aus, eine Vielzahl von Linken für eine Stimmabgabe zugunsten der WASG zu mobilisieren, die in den letzten Jahren angesichts der staatsintegrativen Politik der PDS nicht mehr zur Wahl gegangen waren oder ungünstig gestimmt hatten. Um aber in das Spektrum der der unzufriedenen Wähler von PDS und SPD eindringen zu können, war dies zu wenig. Viele inhaltliche Fragen blieben ungeklärt. Ebenso war nicht klar, welche Ausrichtung die WASG Berlin über den Wahltag hinaus annehmen würde: Wollte sie eine Wahlpartei bleiben, die trotz vieler inhaltlicher Bedenken letztlich auch in Berlin mit der PDS fusionieren (dem Vereinigungsprozess bundesweit hatte sie ja unterstützt) würde oder zielte sie darauf, den Kern einer neuen linken Partei zu bilden, die bundesweit eigenständig auftreten wollte?

Die außerparlamentarischen Aktivitäten

Es ist festzustellen, dass die aktuellen Proteste gegen die Politik des Senats wie etwa die diversen Aktivitäten der Sozialbündnisse, die Montagsdemonstrationen, die Initiativen der Bankenskandalgruppe wie die des Berliner Bündnisses gegen die Privatisierung sich noch nicht spürbar auf das Wahlverhalten der Berliner ausgewirkt haben. Auch die Auseinandersetzungen um die Betriebsschließungen von Samsung, JVC, CNH (früher: Orenstein&Koppel) und des Bosch Siemens Hausgerätewerk (BSH), haben bisher noch nicht



Kundgebung der BSH-Belegschaft am 30 August 2006

das Wahlverhalten der Berliner Arbeiter und Angestellten beeinflusst. Die Auftritte des sozialdemokratischen Bürgermeisters Wowereit und seines Wirtschaftssenators Wolf bei den jeweiligen Streik- und Solidaritätsveranstaltungen der von der Verlagerung bedrohten Betriebe, wirkten sich eher zu Gunsten der regierenden Parteien aus. So versprach der PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf, 70 Millionen Euro von FIAT, dem Mutterkonzern von CNH, zurück zu fordern, die der Konzern zur Aufrechterhaltung der Produktion am Standort Berlin vor einigen Jahren erhalten hatte. Damit konnte er vor den KollegInnen punkten.

Wenn die Betriebsschließungen überhaupt Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Beschäftigten hatten, dann nur in der Hinsicht, dass sie ihre Passivität gestärkt und die Distanz zu den bürgerlichen Parteien und ihren Repräsentanten vergrößert hat. Die Bereitschaft, eine politische Alternative zu diesen Parteien zu unterstützen und sich gar aktiv an der Formierung einer neuen linken Partei zu beteiligen, ist derzeit unter den Berliner Beschäftigten nicht zu erkennen. Wenn man unter diesen Voraussetzungen so etwas dennoch versucht, so führt dies dazu, dass die wenigen Ansätze einer sozialpolitischen Opposition und einer betrieblichen wie gewerkschaftlichen Gegenwehr durch die Verlagerung der Aktivitäten auf die Formierung einer Partei eher geschwächt als gestärkt werden.

10.4.07 ■

Linke Regierungsbeteiligung

Bei der Frage der Regierungsbeteiligung einer linken Partei müssen wir uns über zwei grundlegende Fragen Klarheit verschaffen.

1. Welchen Charakter hat dieser Staat, in dem eine Linke sich an einer Regierung beteiligen will?

Diese Frage ist recht einfach zu beantworten: es handelt sich um einen kapitalistischen Staat. D.h. seine Wirtschaftsgrundlage ist der Kapitalismus, und seine Aufgabe ist es deshalb den Kapitalismus zu verwalten, zu schützen und günstige Bedingungen zu schaffen für seine erfolgreiche Entwicklung. Der kapitalistische Staat ist das Kind des Kapitalismus, er ist aus ihm erwachsen und an ihm und seinen Notwendigkeiten gewachsen, er ist nichts ihm Fremdes, er ist Fleisch vom gleichen Fleische. Das ist weder unmoralisch noch unsozial noch sonst irgend wie zu werten oder zu verurteilen, sondern so sind einfach die Fakten, und das gilt für

jeden Staat, egal ob kapitalistisch, sozialistisch, kommunistisch oder feudalistisch. Die Aufgabe des Staates ist die Wohlfahrt des Wirtschaftssystems, das ihm zu Grunde liegt. Aber hier liegen auch seine Grenzen. Der kapitalistische Staat kann keinen Feudalismus verwalten, aber auch keinen Sozialismus oder Kommunismus, weil unterschiedliche Wirtschaftssysteme zu Grunde liegen, die sich auch auf unterschiedliche Klassen stützen und unterschiedlichen Grundwerten verpflichtet sind. Diese Grundwerte des Kapitalismus wie die Gleichheit aller vor dem Gesetz und das Recht des Individuums, nach seiner Façon glücklich zu werden, gaben dem Gewinnstreben des Einzelnen Raum. Seine gegenüber dem Feudalismus fortschrittlichen Werte ließen dem Kapitalismus die Massen der Bauern, Handwerker und Tagelöhner zuströmen und verliehen ihm die Schlagkraft, die die Bastille und damit den Feudalismus mit seiner herr-

schenden Klasse, dem Adel, niederrissen. Auf den Trümmern der alten Gesellschaft entstand der kapitalistische Staat in seiner Ausprägung als Parlamentarische Demokratie (andere Ausprägungen des kapitalistischen Staates z.B. in der Form des Faschismus sollen hier nicht weiter berücksichtigt werden). Dieser Staat erließ Verfassungen und Gesetze, Regeln und Verordnungen, die dem Zweck dienten, die Grundordnung zu sichern, Rahmenbedingungen für das Gedeihen von Wirtschaft, Bürgern und Staat zu schaffen, und Konflikte innerhalb der Gesellschaft zu entschärfen.

Hätte hier die Geschichte geendet, wäre alles gut gewesen. Aber Geschichte geht weiter, Gesellschaften entwickeln sich und ihre ihnen innewohnenden Widersprüche auch. Die Triebfeder des Kapitalismus, das Gewinnstreben des Einzelnen, das zu einem unbeschreiblichen Aufschwung der Wirtschaft und zu nie gekanntem Reichtum führten, wurde zum Zauberspruch, der Kräfte nicht mehr beherrschen konnte, die er frei gesetzt hatte. Das Gewinnstreben des Individuums verwandelte sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung zum Gewinnstreben auf Kosten der Allgemeinheit (Arbeiterklasse, Staat und Gesellschaft). Und es ist nicht die Schuld schlechter Politiker, schlechter Parteien mit schlechten Programmen, schlechter, weil unsozialer Gesetze, nein diese Entwicklung ist allein dem dem Kapital innewohnenden Zwang zur Akkumulation, d.h. der Anhäufung und Konzentration in immer weniger Händen, geschuldet. Und diese Tendenz zur Akkumulation lässt sich nicht durch die »richtigen« Politiker mit den »richtigen« Ideen und Programmen außer Kraft setzen. Dieser Illusion seit 1914 folgend, sind Horden von SPDlern, Jusos und Grünen ihren Weg durch die Instanzen getaumelt und kamen an im Parlament als rundgeschliffene Ja-Sager. Es ist das im Laufe der Jahrzehnte und -Jahrhunderte entstandene wirtschaftlich-politische System, nicht der gute oder böse Wille einzelner Politiker, Kapitalhalter oder sonstiger gesellschaftlicher Personen, die die Bedingungen und weitere Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften bestimmen. Die Politiker sind nur die Ausführer der Notwendigkeiten und die Watschenmänner für den Volkszorn, den diese systembedingten Notwendigkeiten auslösen.

Wenn sich also eine linke Partei für das Regieren in einem kapitalistischen Staat entscheidet, dann muss sie sich dessen bewusst sein, dass der kapitalistische Staat keinem andern Herrn dient als dem Kapitalismus; und hier stellt sich nun die zweite Frage:

2. Was ist das Ziel dieser linken Partei, die sich an einer Regierung beteiligen will? Will sie Kapitalismus mitgestalten oder will sie ihn überwinden?

Episode Soziale Marktwirtschaft Der heutige Kapitalismus lässt sich nicht mehr, so wie Lafontaine und Teile der WASG/PDS es gerne möchten, zurückführen in die Zeiten der Sozialen Marktwirtschaft mit Sozialpartnerschaft und dem Interessensausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Soziale Marktwirtschaft war eine Episode, die vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu sehen ist und finanziert werden konnte aus den reichlich sprudelnden Gewinnen der scheinbar nie endenden Konjunktur der Aufbauphase nach dem Krieg. Der Markt schien unbegrenzt und nahm alles auf zu fast jedem Preis. Je mehr Arbeitskräfte umso mehr Produktion umso mehr Marktanteil. Um Lohnsteigerungen wurde nicht lange

gestritten, Hauptsache Produktion, Hauptsache die riesige Nachfrage bedienen und verdienen.

Voraussetzungen schaffen für höchst mögliche Rendite

Diese kapitalistische Romantik ist vorbei, und das bestimmt auch die heutigen Gestaltungsmöglichkeiten der Politik. Es ist nicht mehr möglich und auch gar nicht mehr nötig nach kapitalistischer Logik, die Gewinne der Unternehmen für soziale Wohltaten einzusetzen um das Proletariat bei Laune zu halten. Offiziell 5 Millionen Arbeitslose und Millionen prekär Beschäftigte drücken auf die Löhne und die nunmehr weltweit zugänglichen Märkte und Arbeitskräfte verbilligen die Arbeitskraft immer mehr. Wenn große Konzerne Arbeitskräfte zu Zehntausenden entlassen können, dann üben sie damit mehr Einfluss auf die Perspektiven der Gesellschaft aus als alle Regierungen mit noch so wohl erdachten Konzepten zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Massenarbeitslosigkeit belastet die Sozialkassen doppelt: Das absinkende Lohnniveau sorgt für Einnahmeausfälle; gleichzeitig müssen aber immer mehr Leistungsberechtigte aus diesen Kassen versorgt werden. Der Kollaps der Sozialsysteme ist nur eine Frage der Zeit und nicht eine Frage neuer Konzepte. Zudem sinken die Steuereinnahmen aus Unternehmertätigkeit trotz steigender Gewinne. Immer neue Entlastungen werden gefordert und auch gewährt werden, weil die Ertragsfähigkeit der international agierenden Unternehmen gestärkt werden muss, was nach kapitalistischer Logik vollkommen richtig ist, wenn sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen wollen. Und der Staat, der kapitalistischer Staat ist, wird dieser Logik Rechnung tragen und den Unternehmen geben, was sie brauchen. Die hohen Kosten der Staatsverschuldung (Zinsen) trägt ein weiteres dazu bei, den finanziellen Spielraum des Staates einzuschränken.

Zu glauben oder glauben zu machen, dass Politik der freien unternehmerischen Entscheidung bezüglich Entlassungen oder Produktionsverlagerungen Schranken setzen kann, ist naiv oder ein bewusster Versuch, die wahren Verhältnisse in der Gesellschaft zu verschleiern. Politik ist dazu da, eklatante, weil wettbewerbsverzerrende Verstöße gegen die kapitalistische Marktkultur zu verhindern, aber es ist nicht ihre Aufgabe, die Entwicklung des Kapitalismus zu behindern. Durch den wachsenden Einfluss der EU-Behörden, die Politik im Interesse des europäischen Großindustrie machen, wird nationalstaatliche Einflussnahme auf europaweit und weltweit agierende Unternehmen ohnehin immer mehr beschränkt.

Der Staat verliert immer mehr an Einfluss gegenüber der Klasse, in deren Interesse er Politik macht. Dem Nationalstaat fallen eigentlich nur noch wenige Aufgaben zu:

- Er soll günstige Voraussetzung schaffen für die Renditesteigerung der Unternehmen, indem sie von Belastungen befreit werden und andererseits ihnen über Privatisierung, Auftragsvergabe, Wirtschaftsförderungsprogramme und Staatsverschuldung immer größere Anteile der Staatseinnahmen zufließen.
- Seine zweite Aufgabe ist es, diese Umverteilung zu organisieren durch Erhöhungen von Steuern und Sozialbeiträgen und Leistungsabbau.
- Und drittens und zunehmend den Rest der Bevölkerung ruhig zu halten und in anderen Regionen der Welt für Ruhe und die Durchsetzung der Kapitalinteressen zu sorgen.

Sozialabbau gestalten. In einer solchen Situation bedeutet Teilhabe an der politischen Gestaltungsmacht nur Teilhabe an der Gestaltung des Sozialabbaus und der Überwachung der Bevölkerung. Was will eine linke Partei da noch gestalten im Interesse der kleinen Leute? Sie gerät unter die Räder und verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie den Sozialabbau mit verantwortet, oder zerfällt in ihre Strömungen (Kapitalismus gestalten oder überwinden), was sich zur Zeit bei der WASG/PDS abzeichnet.

Aus den vorher aufgezählten Gründen verbietet sich für die Linke eine Teilnahme an der Macht, es sei denn sie will Politik machen im Interesse des Kapitals und teilhaben an den vollen Fleischtöpfen des Parlamentarismus für einige wenige, die es vielleicht gut meinen, vielleicht auch ganz besonders gut mit sich selbst. Aber der Partei, der Einwicklung hin zu einer gerechten nachkapitalistischen Gesellschaft tun sie damit keinen Gefallen.

Ist eine Teilnahme der Linken an der politischen Macht deshalb ganz auszuschließen und von der Hand zu weisen? Es stellt sich bei jeder Teilnahme an der Macht die vorhin schon einmal gestellte Frage, was damit erreicht werden soll. Soll Kapitalismus gestaltet oder überwunden werden? Bisher haben alle Versuche seit 1914 damit geendet, dass die Linke (Sozialdemokratie) bei der Ausübung der politischen Macht nur sich selbst verändert hat, nicht die Verhältnisse. Es wurden kosmetische Korrekturen durchgeführt, die einen Kapitalismus mit menschlichen Antlitz zu schaffen schienen. Mittlerweile ist der Lack aber wieder abgeblättert. (Ausgenommen sind die sozialistischen Staaten, egal wie man zu ihnen steht. Aber sie haben die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert, indem sie die Kapitalsherrschaft abgeschafft haben.)

3. Teilhabe an der Macht als ein Schritt im Konzept zur Überwindung des Kapitalismus ?

Teilhabe an der Macht im Kapitalismus muss dann erwogen werden, wenn sie ein Schritt im Konzept zur Überwindung des Kapitalismus ist, wenn der Kapitalismus selbst durch sein eigenes Zutun die Voraussetzungen für seinen Zerfall geschaffen hat, wenn die weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen, die unter ihm leben, zu einer massenhaften Abwendung eben dieser Menschen von diesem Gesellschaftssystem geführt hat. Die gesellschaftliche Basis des Kapitalismus ist im Laufe der Jahrhunderte immer kleiner geworden. Seine ursprüngliche Massenbasis, bestehend aus Bauern, Handwerkern, Tagelöhnern, Unternehmern, Händlern, Bankiers und was sonst noch das Bürgertum in Abgrenzung zum Adel ausmachte, ist durch die Enteignung großer, vormals wirtschaftlich selbständiger Bevölkerungsteile immer mehr geschrumpft. Sie sanken ab in die ökonomische Abhängigkeit des sich immer mehr entwickelnden Kapitals. Sie waren zu Lohnarbeitern geworden oder ganz aus dem Produktionsprozess herausgefallen und verelendet. Bis heute ist es dem Bürgertum immer noch gelungen, diese Massen nicht nur ökonomisch sondern auch ideologisch an sich zu binden. D.h. dass sie einzig im Kapitalismus eine Lebenschance für sich sehen und sich deshalb mit diesem System identifizieren. Eine Alternative zu diesem System sehen sie zur Zeit nicht. Aber nur wenn die Menschen in diesem System keine Lebensgrundlage für sich mehr sehen, werden sie Ausschau halten nach einer gesellschaftlichen Alternative. Frühjahr 07, R.R. ■

■ PARTEIEN UND GEWERKSCHAFTEN IM ALPENLAND

Ein österreichischer Sonderweg?

Termingerecht zum 31. Dezember 2006 wurde der Verkauf der bisher dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) gehörenden Bank für Arbeit und Wirtschaft (Bawag) unterschrieben, und der ÖGB kann damit eine ausgeglichene Bilanz für 2006 vorlegen. Etwa eine Woche später einigten sich die zwei grossen Parteien, die konservative ÖVP und sozialdemokratische SPÖ, auf eine grosse Koalition. Gut zwei Wochen später begann der Kongress des ÖGB, der die Reformbestrebungen innerhalb der grössten Arbeiterneuerorganisation absegnen sollte. Eine spannungsreiche Zeit hätte man meinen können.

Aus der Not eine Tugend machen

Der Verkauf der Bawag wird aus internen Gründen endgültig im April abgeschlossen sein, dies sollte aber nach Verlautbarungen des Bank und des ÖGB keine weitere Bedeutung haben. Mit dem Verkauf der BAWAG hat der ÖGB gewiss ein Ziel erreicht: sich fast zu entschulden. Der ÖGB ist damit wieder funktionsfähig. Verkauft wurde die Bank um 3.2 Milliarden Euro; nachdem die Schulden bezahlt sind, werden dem ÖGB noch angeblich einige Millionen übrig bleiben, bis zu 100 Millionen wird angedeutet. Aber bei einem Gesamtverlust an Mitteln von über 3 000 Millionen Euro, verursacht durch fehlgeschlagene Spekulationen, kann man sich schon wundern, dass nichts übrig bleibt: ein Kapitel der Gewerk-

schaftsgeschichte ist schlecht abgeschlossen. Auf jeden Fall hat der ÖGB keine finanzielle Rückhalte mehr (sogar der Streikfond ist draufgegangen), er ist jetzt ganz auf die Beiträge der Mitglieder angewiesen. Die Zahl der Mitglieder fällt aber seit Jahrzehnten, der Organisationsgrad ist jetzt unter 40 Prozent. Laut Kongressbericht hat der ÖGB im BAWAG Jahr 2006 ca. 40.000 Mitglieder zusätzlich verloren. Das ist der Hintergrund der mit einigem Tam-Tam eingeleiteten Diskussion um eine Reform des ÖGB. Aber schon die vorläufigen Ergebnisse der Diskussion, die im Herbst bekannt gegeben wurden, liessen erkennen, dass es keine Reform an Haupt und Gliedern geben würde.

Regierungswechsel in Österreich

102 Tage nach den Wahlen vom 1. Oktober 2006 bekam Österreich Anfang Januar 2007 eine neue Regierung. Es wurde eine Grosse Koalition zwischen der SPÖ und der konservativen ÖVP, wie schon in den meisten der Jahre seit 1945. Die ÖVP hatte in diesen drei Monaten versucht der Koalition ihre politische Linie aufzuzwingen. Sie hat damit einen teilweisen Erfolg gehabt – ob ihre Taktik gelungen ist, bleibt unklar; der bisherige Bundeskanzler Schüssel und der extrem neoliberale Finanzminister Grasser sind nicht mehr Regierungsmitglieder, Schüssel wird Vorsitzender der ÖVP Fraktion im Nationalrat, Grasser verlässt die Politik.

Damit ist gewiss nicht gesagt, dass die SPÖ sich in den Verhandlungen durchgesetzt hat. Sie hat der ÖVP einige der traditionell zentralen Ministerposten überlassen müssen (Aussen- und Innenministerium, ebenso das Finanzministerium). Sie hat sich mit ihren Wahlkampf-Forderungen über die Abschaffung der Studiengebühren und die Rückgängigmachung des Einkaufs von 18 Eurofightern nicht durchgesetzt. Eine anscheinend nicht unbedeutende Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft hat offenbar zum Austritt von Mitgliedern geführt; um wie viele es sich handelt ist noch nicht auszumachen – die SPÖ hat derzeit noch etwa 300.000 Mitglieder. Sie hat aber in den vergangenen Jahren schon an die 400.000 Mitglieder verloren und damit ihre wichtigste Kontaktfläche zur Bevölkerung: die Medien sind überwiegend in der Hand rechtsbürgerlicher Kräfte.

Die innerparteiliche Opposition hat nicht viel Kraft, obgleich zumindest drei der Landesorganisationen (Steiermark, Oberösterreich, Salzburg) sich aus unterschiedlichen Gründen oppositionell geben, und es auch eine Bewegung in der Mitgliedschaft gibt, die versucht die Unzufriedenheit mit dem Regierungsabkommen zu artikulieren. Diese Opposition entspricht aber bestenfalls den Strömungen, die die WASG gebildet hat, also im alt-sozialdemokratischen Milieu verankert ist. Sie wird jedoch mit der Drohung einer möglichen Koalition zwischen der ÖVP und den beiden rechtsradikalen Parteien (FPÖ und BZÖ) zur Ruhe gebracht werden können. Derzeit ist diese Drohung nicht sonderlich aktuell, die ÖVP sucht sich zu modernisieren, und in der FPÖ sind Flügelkämpfe ausgebrochen, deren Ergebnis kaum abzusehen ist. Aber die SPÖ-Opposition wird kuschen, weil es innerhalb des allgemeinen Konsensus keine Alternative zur Regierungsbildung gibt. Es sind auch nur einige hundert Studenten, die bisher gegen die Regierung demonstriert haben z.T. wegen der äusserst unklugen Aussagen des SPÖ-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Gusenbauer zur Beibehaltung der Studiengebühren.

Die Frage ist, ob dieses Ergebnis zu vermeiden gewesen wäre. Die Stärke der einzelnen Parteien liess nur die Möglichkeit einer Minderheitenregierung oder die der Grossen Koalition. Eine Minderheitenregierung der SPÖ wäre vermutlich bald gescheitert, weil auch die Grünen ablehnten sie zu unterstützen und hätte zu baldigen Neuwahlen geführt. Weder die SPÖ noch die ÖVP wollten dieses Risiko auf sich nehmen, beide fürchteten mit gutem Grund eine noch grössere Niederlage. Die ÖVP spekulierte zwar auch noch auf eine Koalition mit den zwei rechtsradikalen Parteien, aber das waren nur Wunschträume. So blieb also die Grosse Koalition übrig.

Die SPÖ hat sich neben dem Bundeskanzler einige zentrale Ministerien gesichert: das Sozialministerium, das Bildungsministerium und das Infrastrukturministerium, die für eine sozialdemokratische Politik unter Umständen doch einiges hergeben könnten. Evt. dürfte das auch für das Justizministerium gelten – es stehen zumindest auf diesem Gebiet einige Reformen an. Das Verteidigungsministerium in der Hand der SPÖ, nun ja – aber es spielt doch eine Rolle, weil hier der Einkauf der 18 Eurofighter der Firma EADS zu Ende verhandelt werden wird. Was in diesem Zusammenhang möglich sein wird, wird sich wahrscheinlich bei Abschluss des unmittelbar nach der Wahl eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses ergeben. Dieser wurde eingesetzt, um Gerüchte im Zusammenhang mit der Bestellung zu überprüfen. Der Ausschuss wird kaum vor Sommer

2007 zu einem Abschlussbericht kommen. Die Regierung mit dem SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer an der Spitze hat erstmal erreicht, dass die beiden rechtsradikalen Parteien keinen unmittelbaren Einfluss auf die Regierungsarbeit haben werden. Falls sich die Konjunktur weiter beleben sollte, wird sich damit auch ein weiterer Spielraum für traditionelle sozialdemokratische Reformvorschläge ergeben können. Ob diese Regierung sie umsetzen kann und will wird sich zeigen.

Der Bundeskongress der ÖGB

Mit der Wahl Rudolf Hundstorfers zum Vorsitzenden der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter und damit praktisch zum Präsidenten des ÖGB wurde demonstriert, dass es keine umfangreiche Erneuerung geben würde. Hundstorfer ist gewiss ein guter Gewerkschafter, aufgewachsen in der Zeit der Sozialpartnerschaft, die er auch versuchen wird fortzusetzen, weil das aus seiner Sicht, die von der Mehrheit der Mitglieder geteilt wird, die einzige Möglichkeit ist auch nur mässige Erfolge zu landen. Er wurde darin von dem neuen Kongress Gusenbauer bestärkt, der in seiner Rede am ersten Kongresstag die Sozialpartnerschaft beschwor, in der den Gewerkschaften die Aufgabe »*die Avantgarde der sozialen Innovation*« zu sein, zukäme.

Gusenbauer wurde nicht sehr herzlich am Kongress begrüsst. Das lag aber nicht an seiner Befürwortung der Sozialpartnerschaft, sondern daran, dass er im Sommer die von den BAWAG-Spekulationen hervorgerufene Krise zur Abstandnahme von den Gewerkschaften benutzte. Die Delegierten befürchten zu Recht, dass Gusenbauer und seine Richtung in der SPÖ sich noch stärker von Arbeiterinteressen distanzieren wird, als es die SPÖ bisher getan hat. Die Schwäche des Gewerkschaftsbundes macht das wahrscheinlich, auch wenn es mit schönen Worten garniert wird.

Hundstorfer bestand z.B. darauf, dass der ÖGB starke Forderungen (»*Steuerreform spätestens 2008 oder 2009*«) an die neue Regierung stellte. Ausserdem verwies er darauf, dass die Gewerkschaften sich stärker um einen Standpunkt zur Globalisierung bemühen müssten, d.h. um den Aufbau tatsächlicher gewerkschaftlicher Strukturen in Ländern wie etwa Mazedonien oder China. Grosse Worte – aber wie sollen sie umgesetzt werden? Der im November 2006 neugegründete Internationale Gewerkschaftsbund hat zumindest bisher kaum eine eigene Struktur noch die Kraft sich etwa mit der chinesischen oder gar der US-amerikanischen Regierung auseinanderzusetzen.

Wie gesagt, nicht nur ist der Streikfond zur Deckung der Schulden draufgegangen, die Sparmassnahmen greifen auch erst später, so dass sich der ÖGB Geld zur Überbrückung der nächsten Jahre leihen muss, erst ab 2009 rechnet man mit einem ausgeglichenem Haushalt. Dabei fallen die Mitgliederzahlen weiter; es ist aber zumindest erkannt, dass die Gewerkschaften sich stärker auf die Hochqualifizierten und andere »atypisch Beschäftigte« einstellen müsse als bisher, um die Gewerkschaften für diese attraktiv zu machen. Das hat u.a. dazu geführt, dass der ÖGB den Studierenden seine Unterstützung bei dem Kampf gegen die Studiengebühren zugesagt hat.

Dabei hatte es nach dem bekannt werden der Fehlspekulationen mit Ankündigungen von umwälzenden Reformen begonnen, strukturelle und programmatische Erneuerung wurden angekündigt. Geblieben sind erstmal Ankündigungen

gen wie »Wir müssen schlanker und effizienter werden« und »Es gibt einen dringenden Bedarf zur Verbesserung der inneren Demokratie«. Es soll vor allem eine Frauenquote eingeführt werden, d.h. die Frauen sollen in den Vorständen in etwa zu ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten sein. Ausserdem ist eine Gehaltsobergrenze eingeführt worden: 5800.- Euro ist der höchste Betrag den Spitzenfunktionäre bekommen sollen. Das ist schön und unterscheidet sich doch beträchtlich von den ca. 11.000 Euro, die noch im vorigen Sommer als oberstes Gehalt gelten sollten. Das ist jedoch Augenwischerei und keine Reform.

Die »Fraktion« der Erneuerer im ÖGB hat kaum etwas durchsetzen können, auch wenn man annimmt, dass der Reformprozess erst mit dem Kongress eingeleitet wurde – einen österreichischen Sonderweg zum Sozialismus gibt es zumindest nicht.

Zum Abschluss gab es dann noch einen Zwergenaufstand: der vorbereitete Wahlvorschlag zum Vorstand wurde von den Delegierten nicht blank angenommen. Mehrere der altgedienten Funktionäre erhielten niedrigere Stimmzahlen als üblich, und es fielen zwei bekannte Funktionäre: die sozialdemokratische Vizepräsidentin und ÖGB-Frauenvorsitzende, Renate Csörgits, lag knapp unter der benötigten 50-Prozent-Marke (49,14 Prozent). Ersetzt wurde sie durch die Zentralsekretärin der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft, Roswitha Bachner, die einen engeren Kontakt mit den Mitgliedern hat. Der christliche Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Fritz Neugebauer, konnte nur knapp 36 Prozent holen. Das letztere Ergebnis kann Folgen haben. Neugebauer hatte sich während der internen Verhandlungen über eine Strukturreform als Bremser profiliert und damit gedroht seine Gewerkschaft, hauptsächlich Beamte, aus dem ÖGB herauszuziehen. Er hatte es nicht einmal für nötig gehalten am Kongress teilzunehmen, und dies dürfte auch zu dem Ergebnis beigetragen haben, schliesslich wurden andere Christ-Gewerkschafter und GÖD-Funk-

tionäre gewählt. Neugebauer tat nach der Wahl sehr beleidigt und verstärkte seine Austrittsdrohungen. Es ist eben schwierig mit demokratischen Wahlen zu leben, wenn es einem gegen den Strich geht. Vielleicht nutzt Neugebauer dieses Ergebnis, um die Spaltung voran zu treiben.

Kleiner Nachtrag: Wie angeführt wurde die BAWAG zum 31. Dezember 2006 verkauft; auf Grund einer Transaktionsvorschriften bei der Transaktion ist der ÖGB noch (April 2007) formal der Eigentümer der Bank. Doch damit das Geschäft auch reibungslos über die Bühne geht, hat die Bank allen kubanischen Staatsbürgern, die Konten bei der BAWAG haben, diese gekündigt, davon sind ca. 100 Personen betroffen. Die Bank hat es mit Vorschriften der US-Regierung begründet, die amerikanischen Unternehmen und Bürgern jeglichen wirtschaftlichen Kontakt mit Kuba verbieten. Die BAWAG hat in Hinblick auf ihre Übernahme durch den US-Fond CERBERUS scheinbar etwas vorweggenommen, das nicht alle amerikanischen Banken im Ausland betrifft: Die in Deutschland beheimatete Citibank und die GE Money Bank haben verlautbaren lassen, dass sie sich nicht an diese Vorschriften halten.

Es gab Aufregung in den Medien, dass die BAWAG gegen ihren eigenen Verhaltenskodex verstossen habe und dass sie sich angeblich taktisch sehr ungeschickt verhalten habe. Letzteres gab der Direktor der Bank auch zu. Bei mehreren NGOs gab es eine ziemliche Aufregung, sie würden nun ihre Konten bei der BAWAG kündigen.... Nein ein Sonderweg der österreichischen Arbeiterbewegung ist nicht zuerkennen. ■



■ HERAUSFORDERUNG FÜR DIE KAPITALISTISCHEN ZENTREN

Die Rolle Afrikas in Chinas »Politik der harmonisierten Welt«

In den westlichen Ländern wird das schnelle Anwachsen des China-Afrika-Handels als stärkste Veränderung der Außenbeziehung des afrikanischen Kontinents seit dem Ende des Kalten Krieges gesehen. Nach dem großen Afrika-Gipfel im November 2006, auf dem sich die Regierungschefs des ganzen Kontinents in der chinesischen Hauptstadt versammelt hatten, ist Chinas Präsident im Februar dieses Jahres wieder auf Afrikareise. Im Reisegepäck hat er Schuldenrisse und Zusagen für günstige Kredite – Teil der bereits beim Gipfel versprochenen Hilfen. Es war der 3. Gipfel des China-Afrika-Kooperationsforums (FOCAC) seit dem Jahre 2000.

Handel zur Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung

China – es bezeichnet sich selbst noch als Entwicklungsland – hat einen umfangreichen weltweiten Handel entwickelt. US-Finanzminister Poulson bezeichnet das bevölkerungsreichste Land bereits als globale Wirtschaftsmacht.

Chinas Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg auf 12 Prozent, während der deutsche Anteil nur bei 8 Prozent liegt; doch noch fehlt es China an der Spitzentechnologie. In den letzten vier Jahren hat sich das Handelsvolumen Chinas mehr als vervierfacht. (Im Jahr 2005 lag das chinesische Handelsvolumen bei 1420 Milliarden Dollar.) Nach einer im Auftrag des »Handelsblatt« erstellten Studie der Schweizer Denkfabrik Prognos geht hervor, dass China Deutschland bis 2009 als Exportweltmeister ablösen wird. Im vergangenen Jahr hat China Deutschland als Spitzenreiter bei der Ausfuhr von Elektrotechnik bereits überholt. Den weitaus größten Teil seines Handels tätigt es mit den kapitalistischen Zentren: Der Kauf teurer moderner Technik gegen das, was China z.Zt. massenhaft produzieren kann: billige Konsumgüter, von Textilien bis Elektrotechnik. Die wirtschaftliche Entwicklung des volkreichsten Landes der Erde wird zu einer weiteren Welle im globalisierten Handel führen.

China, dessen Revolution von Bauern getragen wurde, ist zur schnelleren Weiterentwicklung der eigenen Wirtschaft in

eine kapitalistische Phase getreten. Mit dem Ziel einer selbstbestimmten Entwicklung des Landes geht die Führung der KPCh einen kapitalistischen Weg, den sie kontrollieren möchte. Doch lässt die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung noch eine Steuerung zu? Kann die Führung die Politik zielgerichtet fest im Griff behalten, wenn sie die Wirtschaft des Landes derart für den Kapitalismus öffnet?¹⁾

Die kapitalistische Weltwirtschaft ist abhängig von Erdöl und Erdgas. Mit dem wachsenden Bedarf an Energie und Rohstoffen wächst auch die Konkurrenz. Chinas und auch Indiens Wirtschaft brauchen immer mehr Energie und Rohstoffe. Die Kontrolle über die Energiequellen und der Energietransportwege ist auch eine Kontrolle über die Entwicklung von Staaten. Um bei seinen Energieimporten nicht von den USA kontrolliert werden zu können, zielt die Handelspolitik des inzwischen weltweit zweitgrößten Ölimporteurs auf Zentralasien, Südamerika und auf Afrika.

Im Jahre 2003 mussten 37 Prozent des chinesischen Erdölbedarfs durch Importe gedeckt werden, im Jahre 2010 dürften es 45 Prozent sein und im Jahre 2030 könnten es sogar 74 Prozent sein.

Der chinesischen Regierung geht es um eine langfristige Sicherung von Energie- und Rohstofflieferungen. China sichert sich den Zugang zu den Rohstoffen und Energiequellen mit günstigen Milliarden-Krediten und Hilfen beim Bau von Schulen und Krankenhäusern, es bietet Komplettlösungen für Infrastrukturmaßnahmen (Bau von Auto- und Eisenbahnen, Flug- und Seehäfen, Telekommunikation und Hightech), von der Finanzierung über den Bau bis hin zur Schulung einheimischen Personals. Die meisten Staaten Afrikas brauchen eine neue Infrastruktur. Die Regierung Angolas z. B. hatte nach dem fast dreißigjährigen Bürgerkrieg vergebens auf eine Art Marshall-Plan des Westens gehofft. 800 chinesische Firmen haben sich inzwischen auf dem Kontinent niedergelassen. Die Volksrepublik hat afrikanischen Ländern bilaterale Schulden in Höhe von 10 Milliarden Dollar erlassen, bil-

1) Die Führung der KPCh glaubt, das China keine Möglichkeit hat, den Kapitalismus auf dem Wege zum Sozialismus zu überspringen, wenn es nicht wieder Spielball der kapitalistischen Zentren werden soll. Die Ausweitung ausländischer Investitionen und des privaten Sektors der Wirtschaft bestimmen nun mehr und mehr das gesellschaftliche Sein. Auf die daraus erfolgende Veränderung des Denkens setzt der Westen. Chinas rasantes Wirtschaftswachstum basiert auf dem Außenhandel. Der daraus resultierende riesige Handelsüberschuss feuert zugleich die Investitionen an. Der Überschuss schnellte allein im vergangenen Jahr um 74 Prozent in die Höhe und erreichte mit mehr als 177 Milliarden Dollar einen neuen Rekord.

Die chinesische Führung steht vor dem Problem, die enormen sozialen Gegensätze und Spannungen im Lande, die durch den kapitalistischen Weg mit seiner Anarchie des Marktes entstanden sind, zu bewältigen. Ungleiche Entwicklung der Landesteile, Gegensätze zwischen Stadt und Land, Wanderarbeiter – ansässiges Proletariat, Umweltzerstörung und das schnell wachsende Einkommensgefälle in der Bevölkerung zwingen die KP-Führung zu einer verstärkten staatlichen Lenkungs politik. Der Offensive im Außenhandel soll ein Wachstum des Konsums der Masse der Bevölkerung folgen: Ein strategischer Wechsel der staatlichen Investitionspolitik von der Stadt zum Land. Doch muss sich erst zeigen, wie die staatliche Lenkung angesichts der dominanten Stellung, die der private Wirtschaftssektor in China in den vergangenen Jahren erlangt hat, fasst. Antagonistische Widersprüche lassen sich nicht durch einen Verwaltungsakt beheben.

2) In der sambischen Bevölkerung erhebt sich Protest gegen das Hineinregieren des IWF in Sambia: Die Regierung soll die Steuern auf Lebensmittel erhöhen, damit die Auslandsschulden in Höhe von \$ 3,8 Milliarden beglichen werden können.

det Fischer aus, lässt Saatgut erforschen und schickt medizinisches Fachpersonal, 2000 Ärzte und Krankenschwestern sind gegenwärtig im Einsatz. Rund 44 Prozent der staatlichen Entwicklungshilfe der Volksrepublik fließen nach Afrika. Die Zahl der Produktgruppen, für die in China auf Einfuhrzölle verzichtet wird, soll von 190 auf 440 erhöht werden.

Entwicklungsmöglichkeiten für Länder der südlichen Hemisphäre

Mit der Weiterbildung von Afrikanern, dem Aufbau von Zentren für landwirtschaftliche Technologie, der Verdoppelung der Zahl der Stipendien für afrikanische Studenten (11.000 seit 2004) und der Hilfe im Kampf gegen Malaria demonstriert China, dass hinter seiner Politik nicht kurzfristige Interessen stehen. Chinas industrielle Entwicklung erfordert eine langfristige Politik. Zwar macht der Handel mit Afrika nur 2 – 3 Prozent des chinesischen Welthandels aus. Doch das schnelle Anwachsen der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der südlichen Hemisphäre und China bringt für beide Seiten Vorteile. China unterliegt in seiner Energieversorgung und Rohstoffversorgung nicht der Kontrolle anderer. 30 Prozent seiner Ölimporte kommen bereits aus Afrika; Angola hat Saudi-Arabien als größten Erdöllieferanten Chinas abgelöst. Sein Hunger nach Energie und Rohstoffen treibt die Rohstoffpreise hoch und gibt Entwicklungsländern die Möglichkeit, sich aus der Abhängigkeit von Krediten der Weltbank, des IWF und den Interessen der westlichen Industriestaaten zu lösen.²⁾

Von Regierungen der afrikanischen Staaten kommen positive Stimmen zur Bedeutung des Handels zwischen China und Afrika. »Wir benötigen Technologie, billige Medikamente, Investment und Ausbildung«, sagte Tansanias Präsident Jakaya Kikwete: »Glücklicherweise bekommen wir das von den Chinesen günstiger als anderswo. Was ist falsch daran?« (hb, 31.01.07). Von Seiten der angolanischen Regierung heißt es: »China hat endlich das Gleichgewicht wieder hergestellt.« Und Südafrikas Außenministerin Nkosana Dlamini Zuma sieht die Konkurrenz zwischen China und dem Westen um ihren Einfluss in Afrika positiv. Afrikanische Staaten müssen also nicht mehr Wohlverhalten für westliches Geld zeigen. Doch auf dem Hintergrund der Rohstoffausfuhren und Auswirkungen der Warenschwemme aus China sprach der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki von »neokolonialer Einbahnstraße«. Er mahnte einen Handel zu beiderseitigem Vorteil an, als Präsident Hu Chinas größten afrikanischen Handelspartner besuchte.

Für die Interessen aus den industriell hoch entwickelten Staaten – Öl, Erze und andere Rohstoffe – stehen in Afrika Militäreinsätze, die Finanzierung von Warlords, Staatszerfall und Völkermord. Aktuell greifen die USA in Somalia militärisch ein, mit Äthiopien als Stellvertreter. Auch hier wird Erdöl vermutet. Außerhalb des Energiesektors investiert der Westen kaum in Afrika.

Die Volksrepublik tritt den Afrikanern anders entgegen. China beschenkt die Regierungen und will sich nicht in innere Angelegenheiten der afrikanischen Staaten einmischen. War die »Nichteinmischungspolitik« zur Zeit der Blockkonfrontation von einem revolutionären Standpunkt ausgerichtet auf die Unterstützung ehemaliger Kolonialvölker, so trifft das heutige ökonomische Interesse Chinas in Afrika auch auf Regierungen, die sich nicht auf eine Mehrheit im Volke stützen, stattdessen mit Gewalt herrschen.

Die Chinesen bauen Eisenbahnen, Straßen, Häfen, Flughäfen und Nachrichtenverbindungen, um den Export von Energie und Rohstoffe nach China zu ermöglichen. Für einige afrikanischen Staaten eröffnen sich mit neuer Infrastruktur überhaupt erst Möglichkeiten für Schritte einer eigenen Entwicklung: In Angola z.B. verbindet die Eisenbahn nicht nur die Erzminen im Landesinneren mit den Häfen an den Küsten, sondern auch das agrarische Hinterland mit den bevölkerungsreichen Großstädten. Etwa 100.000 Chinesen sind in den letzten Jahren nach Afrika gezogen, um Handel zu treiben, Restaurants zu führen und kleine Fabriken aufzubauen.

Doch müssen die Möglichkeiten für die Entwicklung einer eigenen Wirtschaft genutzt werden. Dafür ist die Überschwemmung mit Billigwaren aus China auf dem Kontinent allerdings ein Hindernis. Dementsprechend kommentierte eine Kameruner Zeitung: »Wenn die afrikanischen Führer sich damit zufrieden geben, dass China einkauft, ohne daran zu denken, wie man zu Hause Jobs schafft, Reichtümer vor Ort erzeugt und die dann lokal investiert, dann würde der Kontinent eine weitere günstige Gelegenheit verpasst haben«

Die Arbeiterklassen der afrikanischen Staaten gehören nicht zu den Gewinnern

Chinas Handelspolitik ist unter den Bedingungen der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise marktwirtschaftlich ausgerichtet. Präsident Hu Jintao beschwört zwar bei seinen Visiten afrikanischer Staaten die Tradition des maoistischen Internationalismus: »Wir haben zusammen für die Freiheit gekämpft und werden das auch künftig tun.« Doch heute geht es nicht um die Unterstützung von sozialen Befreiungsbewegungen, nicht um den »Kampf der Hütten gegen die Paläste«. Dafür gibt es weder in Afrika noch in China z.Zt. Ansätze. Heute fließen nicht nur westliche Gelder in die Taschen korrupter Regierungsmitglieder von afrikanischen Staaten, sondern auch chinesische.

Die Chinesen treten nicht großmächtig auf. Doch bereits zu Maos Zeiten, als viele Afrikaner an chinesischen Universitäten studierten, waren Klagen über Rassismus zu vernehmen gewesen. Auch unlängst gab es Berichte aus Nigeria und anderen Teilen Afrikas mit Klagen der Einheimischen über arrogante Chinesen.

Da Arbeiter in der Volksrepublik miserablen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, verwundert es nicht, dass chinesische Firmen in Afrika z.T. unter haarsträubenden Umständen Erze fördern, dass sich Betriebsleiter wenig um Arbeitssicherheit und Arbeiterrechte kümmern. Das steht langfristig im Widerspruch zu den Interessen afrikanischer Arbeiter. Auf Umweltbelastungen wird wie bisher in China keine Rücksicht genommen. In Nigeria soll es deshalb bereits zu Klagen von Nichtregierungsorganisationen gegen eine chinesische Firma gekommen sein.

Obwohl der Bausektor nahezu die einzige Möglichkeit für Afrikaner ist, Arbeit zu bekommen, bringen die Chinesen für die großen Infrastrukturprojekte ihre Fachleute und Arbeiter mit, schaffen somit nicht wie erwartet Arbeitsplätze für Afrikaner. Einige zehntausend Chinesen arbeiten in Afrika. In den afrikanischen Staaten fehlen vielerorts fachliche Voraus-

setzungen für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen.

Die billigen Konsumgüter und Maschinen, die China nach Afrika liefert, entsprechen den dortigen Kaufmöglichkeiten.⁴⁾ Die afrikanischen Hersteller von Verbrauchsgütern und Textilien können allerdings mit ihren eigenen Produkten gegenüber den chinesischen Importen nicht konkurrieren. In Sambia z. B. überlebten nur 10 von 34 Textilfabriken; Zehntausende Südafrikaner sind arbeitslos geworden. In Südafrika sind Lohnabhängige organisiert und können ihre Interessen wirkungsvoll artikulieren: Die südafrikanische Gewerkschaft Cosatu wandte sich mit einer Kampagne gegen den Verkauf chinesischer Textilien im Lande und stellte das Interesse der arbeitenden Bevölkerung des Landes nach Arbeitsplätzen in den Vordergrund.

Die Politik der Kommunistischen Partei Chinas gerät in Widerspruch zu den elementaren Interessen der Arbeiterklasse afrikanischer Länder, wenn durch die Handelspolitik der chinesischen Regierung z.B. afrikanische Arbeiter massenhaft ihre Arbeitsplätze verlieren, wenn der Protest sambische Bergarbeiter gegen das verspätete Auszahlen ihrer sowieso niedrigen Löhne vom chinesischen Management blutig unterdrückt wird, wenn die sambische Regierung eine Mine vorübergehend schließen muss, weil die Arbeitsbedingungen an Sträflingsarbeit mahnt.

Die Politik Chinas ist ausgerichtet an den nationalen Interessen des Landes und kann so die Klasseninteressen der Lohnabhängigen nicht berücksichtigen. Die organisierten Arbeiter Südafrikas haben ihr Klasseninteresse dem nationalen Interesse Chinas entgegengestellt – ein Beispiel für die Arbeiter der anderen afrikanischen Staaten. China reagierte auf den Protest gegen den massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen in der afrikanischen Textilindustrie mit der zeitweiligen Begrenzung seiner Textilausfuhren in diese Staaten.

Cuba hat die chinesischen Vorgehensweise zur Ausbeutung seines Nickelvorkommens nicht akzeptiert und eine Vereinbarung platzen lassen. Stattdessen ist mit Venezuela ein Joint Venture, eine strategische Partnerschaft, vereinbart worden. Sie hat das Ziel, einen seit dem Kollaps der Sowjetunion vor sich hin rostenden Grubenbetrieb wieder aufzubauen und gemeinsam zu betreiben. Von Joint-Ventures-Vereinbarungen chinesischer Betriebe in Afrika, die eine Industrialisierung Afrikas voranbringen könnten, ist nichts bekannt.

Gegensatz zu den kapitalistischen Zentren

China ist seit kurzem nach Amerika und Frankreich der drittgrößte Geschäftspartner afrikanischer Staaten. Das Handelsvolumen hat sich zwischen 2000 und 2005 von zehn auf knapp vierzig Milliarden Dollar vervierfacht, bis 2010 soll es auf hundert Milliarden gestiegen sein, so viel wie Wal-Mart allein an Gütern in der Volksrepublik kauft. Auch wenn bislang nur ein kleiner Anteil des chinesischen Handels mit Afrika abgewickelt wird, der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ist für beide Seiten bedeutsam. Chinesische Investitionen im Ausland bedeuten chinesische Interessen, chinesischer Einfluss – in Konkurrenz zu anderen.

Die USA sehen den wachsenden Einfluss Chinas und bezeichnen deshalb Chinas Politik der Sicherung von Rohstoff- und Energiequellen in Afrika gerne als chinesischen Imperialismus. China untergrabe alle Anstrengungen, die Demokratie und den Freihandel in Afrika zu fördern, heißt es

3) Richard Kwang Kometa, African Trade with China Needs Realism, Cameroon Tribune 15.11.2006

4) Motorräder chinesischer Hersteller haben inzwischen die Konkurrenzprodukte aus Japan und Südkorea verdrängt.

China, unverzichtbarer Markt für Multis

Während China in Entwicklungsländern investiert, können die kapitalistischen Konzerne wiederum aus Konkurrenzgründen nicht anders als in China zu investieren. Auch wenn sie wissen, dass die Chinesen von ihrer Technik lernen, sie kopieren wollen, diesen Riesenmarkt kann kein Konzern ignorieren. Das trifft auch auf die führende imperialistische Macht, die USA, zu. Wachstum findet für nicht wenige Unternehmen gegenwärtig hauptsächlich in China statt.⁴

China ist der drittgrößte Handelspartner und der viertgrößte Exportmarkt (7,4%) für die Vereinigten Staaten. Umgekehrt sind die Vereinigten Staaten Chinas größter Exportmarkt (21,4%). Viele amerikanische Unternehmen investieren und produzieren in der Volksrepublik und liefern ihre Waren in die USA. Noch nie waren die Vereinigten Staaten wirtschaftlich so eng mit einem Land verbunden, das sie nicht als "Freund" betrachten. Das Handelsdefizit der USA gegenüber China ist groß: 200 Milliarden Dollar allein im Jahre 2005, so viel wie der gesamte Fehlbetrag im Handel mit Japan, Mexiko und Kanada. US-Unternehmen verlagern viel Produktion ins Ausland - besonders auch nach China, das betrifft Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Die USA werfen den Chinesen vor, den Wechselkurs des Yuan zum Dollar bewusst niedrig zu halten, um ihre Exporte auf den Weltmärkten zu verbilligen; sie fordern höheren Agrarexport nach China und bessere Geschäftsbe-

dingungen für ihre Banken und Dienstleistungsunternehmen. Doch China ist den Forderungen der USA zur Liberalisierung des Marktzuganges, nach Schutz der Rechte an intellektuellem Eigentum und nach Aufwertung der chinesischen Währung stets nur minimal entgegen gekommen. Die Bush-Administration, die dieses Thema zuletzt Mitte Dezember bei einem Spitzentreffen mit Vertretern Chinas in Peking ansprach, sieht bislang von einem offensiven Vorgehen ab.

China (wie auch Japan) stützt durch den Ankauf von US-Staatsanleihen den Kurs des US-Dollars und so die eigenen Ausfuhr in den Dollarraum. Mit dem Kauf von US-Dollars trägt die chinesische Regierung zur Finanzierung der riesigen US-Staatsverschuldung bei. Laut Wirtschaftswoche hortet China über eine Billion Dollar Währungsreserven und schafft sich so Sicherheiten. Mehrere südostasiatische Staaten horten Währungsreserven, um nicht wieder dem IWF ausgeliefert zu sein.

Die Investitionen ausländischer Firmen tragen nicht nur zur Entwicklung der chinesischen Wirtschaft bei. Damit wird auch Einfluss genommen auf die gesellschaftliche Entwicklung des Landes, der kapitalistische Weg Chinas gefestigt. Wenn die USA und die EU heute immer noch dem Land die Anerkennung des Status einer Marktwirtschaft verweigern, so nicht nur aus ökonomischer Konkurrenz, sondern auch um die Chinesen zu weiteren marktwirtschaftlichen Maßnahmen zu drängen. ■

in einem Papier des US-Energieministeriums (Die Zeit, 14.9.06). Sorge bereitet westlichen Handelsdiplomaten, dass das chinesische Netzwerk bilateraler Verträge nicht durch die WTO geknackt werden kann.

In einer Studie des Bundesverbandes der deutschen Industrie wird davor gewarnt, dass China seinen Einfluss auf Metallrohstoffe durch Beteiligung an ausländischen Minen ausweitere. Kanzlerin Merkel will nicht hinnehmen, dass die EU den chinesischen Einfluss in Afrika hinnimmt (FAZ, 1.2.07). Auch Finanzminister Steinbrück kritisierte die chinesische Handelspolitik: »Einige Länder Asiens, maßgeblich ein Land, gewähren Kredite auch in Hinblick auf die Absicherung der eigenen Rohstoffinteressen. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben« (FAZ, 17.09.06). Westliche Kreditgeber sehen sich inzwischen an den Rand gedrängt.

Das Streben nach Weltherrschaft erwächst aus den ökonomischen Voraussetzungen der kapitalistischen Zentren. Ein stets erweiterter Markt ist Lebensbedingung für die kapitalistische Produktionsweise. Die industriell hochentwickelten Staaten zielen deshalb in ihrer Politik darauf ab, die wirtschaftliche und politische Struktur der unterentwickelten Länder nach ihrem eigenen Interesse zu gestalten. In Schwellenländern wurde eine Industrie geschaffen, deren Produktion von den kapitalistischen Zentren abhängig ist, also verlängerte Werkbänke. Schon allein die günstigen Austauschbedingungen für die industriell hoch entwickelten Länder, also die Tatsache, dass sie teure Industrieprodukte gegen billige Rohstoffe der Entwicklungsländer eintauschen können, behindern bislang eine eigenständige Entwicklung der ehemaligen Kolonialländer. Einigen Schwellenländern – wie den Asean-Staaten – ist es gelungen, über den Ausbau eines eigenen Handelsnetzes die Abhängigkeit zu verringern.

Die chinesische Handelsoffensive in Afrika ist Teil des Wettlaufes um die Rohstoffreserven. Vor allem in Westafrika konkurriert China mit amerikanischen Interessen. Schon jetzt ist Einflussverlust für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten festzustellen. Die chinesische Politik einer »harmonischen Weltordnung« läuft objektiv auf eine Herausforderung der hegemonialen Vormacht der USA hinaus. Im »Defense Planning Guidance« des Pentagon von 1992 ist zu lesen: »Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.« China fordere amerikanische Interessen in Afrika heraus, stellt eine neuere Studie des Council on Foreign Relations in New York fest. Und der neue US-Verteidigungsminister Gates rechtfertigt die gigantische Aufstockung der US-Rüstungsausgaben im Haushaltsausschuss des Kongresses damit, dass man nicht wisse, welche Veränderungen es in Ländern wie Russland, China, Nordkorea, Iran und anderen geben werde.

China braucht für seinen selbstbestimmten Weg der Industrialisierung wachsende wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Beziehungen. Wirtschaftswachstum bedeutet auch zunehmende Import- sowie Exportabhängigkeit. Verwerfungen, seien sie politischer, finanzieller oder wirtschaftlicher Natur, kann China nicht gebrauchen. Mehr denn je ist es heute auf ein reibungsloses Funktionieren der internationalen Finanzmärkte, auf einen florierenden Welthandel und auf sichere Rohstoff- und Energieversorgung angewiesen.

Chinas Politik gegenüber den USA ist deshalb bestimmt durch eine Strategie der Konfliktvermeidung. Man will die Vereinigten Staaten nicht über Gebühr herausfordern, denn die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht gefährdet werden. China setzt deshalb auf »sanfte«, diplomatische Lösungen

von Konflikten, auf die Wirkung seiner Wirtschaft, seines Marktes und seiner Nicht-Einmischungsdiplomatie. Durch den Wegfall des weltweiten Gegensatzes der Gesellschaftssysteme wird auch nicht gleich jeder Konflikt zu einem Grundsatzkonflikt.

Doch Chinas Handelsoffensive in Afrika ist nicht nur Handelspolitik. Als kommende Großmacht sei die Volksrepublik auf Verbündete angewiesen. Bei wichtigen Abstimmungen in der UNO oder anderen internationalen Organisationen, so die Pekinger Afrikanistin He Wenping, brauche man Freunde, auf die man sich verlassen könne (WK, 31.1.07). Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers konnten die USA, Großbritannien und Frankreich in Afrika schalten und walten wie sie wollten. Diese Zeiten sind vorbei. Die USA und ihre Verbündeten stehen vor einigen Problemen, ihre Vormachtstellung weltweit wie bisher nach dem Ende der Blockkonfrontation durchzusetzen. Eine Antwort der USA ist ein eigenständiges Militärkommando für Afrika, dessen Sitz in Stuttgart sein soll.

Chinas rasantes Wirtschaftswachstum verschärft nicht nur die Konkurrenz um die Energiereserven. Es wird auch zu einer weiteren Verschiebung in der internationalen Arbeitsteilung der industriellen Produktion führen. Seine Bündnispolitik zur Sicherung von Energie- und Rohstofflieferungen verschafft Entwicklungsländern Möglichkeiten zu mehr Bewegungsfreiheit gegenüber den kapitalistischen Zentren und ihren Organen, dem IWF und der Weltbank. Mit ihr verschafft sich China Rückhalt für sein Auftreten in der UNO, die damit nicht mehr einfach nur Werkzeug der USA ist.

Bremen, 23.02.07 ■

Angolas Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China

Eine ehemalige Kolonie im Elend

1961 begann in Angola der Kampf gegen die portugiesische Kolonialmacht. Mit der 1975 erlangten Unabhängigkeit begann ein Bürgerkrieg, den die von den USA finanzierte Unita gegen die von der Sowjetunion gestützte Regierung in Luanda führte.

Nach fast drei Jahrzehnten Bürgerkrieg liegt die Wirtschaft Angolas am Boden – bis auf die Erdölförderung in der Exclave Cabinda. Auch China hatte seinen Zwist mit der SU mit der zeitweiligen Unterstützung der Unita in Angola ausgetragen. Der Krieg hat die gesellschaftlichen Einrichtungen, die Infrastruktur, große Teile der Landwirtschaft des Landes zerstört und vermutlich 2 Millionen Flüchtlinge geschaffen. Krankenhäuser und Schulen haben keine Ausstattung, und Angestellte im öffentlichen Dienst besitzen kein Zubehör, um ihrer täglichen Arbeit nachzugehen.

Wegen der Gefahr durch übriggebliebene Landminen weigern sich viele Bauern, ihre Felder zu bewirtschaften. So reicht die landwirtschaftliche Produktion nicht aus, den Bedarf im Lande zu decken. Deshalb ist Angola auf den Import von Lebensmitteln angewiesen. Außerdem kann das Agrarpotenzial des fruchtbaren Hochlandes im Landesinneren nicht zur Versorgung der Küstenstädte genutzt werden. Der Transport dauert zu lange.

Schon als portugiesische Kolonie hatte Angola drei Eisenbahnstrecken, die die Hafenstädte Luanda, Benguela und Aribé mit dem Hinterland verbanden. Die Benguelabahn

reichte sogar über die Grenzen Angolas hinaus zu den kongolesischen Kupfer- und Kobalminen rund um Lubumbashi. An ihren Enden schürften zur Kolonialzeit Portugiesen Diamanten, Phosphate und Uran in Matala und Menongue.

Heute, nach Ende des blutigen Bürgerkrieges fährt keine im Lande keine Eisenbahn mehr. Das Land ist abgeschnitten von seinen Bodenschätzen. Es gibt nichts, was Angola vier Jahre nach dem Ende des Krieges nicht benötigte: Straßen, Brücken, Flughäfen, Eisenbahnlinien, Strom- und Telefonleitungen. IWF und Weltbank haben sich wegen offiziell wegen der Korruption im Lande vorerst aus Angola verabschiedet.

Die Ölmultis der USA haben in der angolanischen Enclave Cabinda jahrzehntelang glänzende Geschäfte gemacht – die Folgen des von ihnen ins Land getragenen Terrors übergehen die USA.

In der Hauptstadt Luanda lebt die überwältigende Mehrheit der sechs Millionen Einwohner in Blech- und Lehmhütten, zusammengepfercht in engen Slums, ohne Strom und fließendes Wasser. Der Strand der Armen am Atlantik erstickt im Müll, die Abwasserkanäle zwischen den Elendshütten sind tödliche Kloaken. Hier sterben Kinder an Cholera. Getrennt von diesem Elend flanieren auf der Halbinsel Ilha die Reichen. Die Gegensätze in Luanda sind groß. Arbeit gibt es in Angola nicht, keine Industrie, keine Dienstleistungen; das Land ist abhängig von Investitionen und Importen.

Chinas Engagement in Angola

An die Regierung dieses Land, das sich von der Welt vergessen sah, trat China mit seinem Interesse an den Bodenschätzen und dem Angebot heran, eine Infrastruktur aufzubauen. Die Kooperation mit der Regierung in Luanda lässt sich China etwas kosten. Dafür ist es bereit, Milliardenkredite zu günstigen Bedingungen (1,5 Prozent, 17 Jahre) zu geben.

Das finanzielle Engagement Chinas in Angola dürfte inzwischen die Zehn-Milliarden-Dollar-Marke erreicht haben. Zu den größten Projekten mit chinesischer Beteiligung gehören der Bau einer Raffinerie in Lobito (drei Milliarden Dollar), der Wiederaufbau der Eisenbahn zwischen der Hafenstadt Benguela und den rohstoffreichen Gebieten im Dreiländereck Angola/Kongo/Sambia (500 Millionen Dollar) und der Aufbau eines Telekomnetzes (500 Millionen Dollar). Die Chinesen bauen Überlandleitungen und Umspannwerke. Und sie kaufen im großen Stil Anteile an Ölfeldern und wollen sich an der Förderung von Diamanten beteiligen.

70 Prozent der Bauaufträge gehen an chinesische Firmen, d.h. also, dass nur 30 Prozent der Kreditsumme für Aufträge an örtliche Unternehmen verwendet werden müssen. Als Sicherheit dienen China die reichen Ölvorkommen, die Angola hohe Wachstumsraten bescheren. Inzwischen exportiert Angola mehr als ein Drittel seines Öls nach China. Damit ist das Land Chinas größter Ölversorger in Afrika – und sein drittgrößter weltweit.

Chinesische Firmen bauen einen ganzen Stadtteil der angolanischen Hauptstadt neu. Diese »Nova Cidade de Luanda« wird, durch Milliardenkredite Chinas finanziert, von chinesischen Staatsfirmen geplant, von chinesischen Ingenieuren und Vorarbeitern überwacht, von angolischen Arbeitern gebaut und mit dem Verkauf von Öl an China bezahlt. Die Nova Cidade ist ein Beispiel für die Geschäftspraxis der Chinesen in Afrika: Am Ende, so die Planung der Chinesen, soll die neue Stadt bis an den Strand reichen, einen (Jacht-)Hafen, Supermärkte, Parkanlagen, Schulen

umfassen. Auf einer Fläche von 800 Quadratkilometern sind hier die ersten 10 000 der geplanten 120 000 Mietshäuser mit bis zu 14 Stockwerken entstanden – Vorbote einer Reißbrett-Stadt für vier Millionen Einwohner, die Brasilia (Brasilien), Putrajaya (Malaysia), Canberra (Australien) vergessen machen. (Wirtschaftswoche, 7.8.2006)

China baut kostengünstig, von annehmbarer Qualität und die Projekte sind schnell fertig. Doch wer wohnt dann in diesen Häusern und was ist mit denen, die vorher dort lebten?

Widersprüche beim Engagement der Chinesen

Der angolischen Regierung kommt entgegen, dass die Chinesen ihr keine Vorschriften machen und sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten des Landes einmischen. Sie möchte nicht bei jeder Gelegenheit auf die vorhandene Korruption hingewiesen, zu Reformen ermahnt und von Einrichtungen wie IWF und Weltbank gemaßregelt werden.

Kritiker verweisen auf Gefahren und sagen: Das hat man in Afrika doch schon einmal so ähnlich erlebt, in Nigeria, in den 1970er Jahren. Bauen! Baggern! Betonieren! hieß die Parole damals. »Wir haben Öl, wir können uns alles leisten, Großflughäfen und zwölfspurige Autobahnen, schlüsselfertige Universitäten und große Kongresszentren.« Und dann Investitionsruinen. Was in Angola besser laufen wird, kann erst später beurteilt werden.

Straßen und Bahnlinien, die die Chinesen ins Landesinnere von Angola bauen, führen wie ehemals bei den Kolonialherren aus Europa zu den Bodenschätzen des Landes – doch heute führen sie auch an Bauern, Händlern, Handwerkern vorbei, die ihre Produkte und Dienstleistungen nun auch auf den Märkten der nächsten Provinzstadt werden anbieten könnten. Darin liegt eine Chance, doch nicht unproblematisch.

Straßenhändler verkaufen in den Städten an allen Ecken chinesische Waren, Plastikbälle, Gartenschere, Kleiderbügel, usw. Bis auf die Bananen und Erdnüsse kommt alles aus China. Da die Chinesen also zur Zeit schon die angolischen Städte mit ihren billigen Konsumgütern überschwemmen, werden ihnen die Infrastrukturmaßnahmen auch zur Verbreitung des Absatzes ihrer Waren dienen. Die Möglich-

keit, die Versorgung der Bevölkerung durch die heimische Landwirtschaft hat eine Perspektive, doch welche Perspektive haben angolische Handwerker angesichts der Billigwaren aus China?

Die Chinesen bringen ihre eigenen Maschinen, ihr eigenes Baumaterial, ihre eigenen Ingenieure und Vorarbeiter mit. Das steht im Gegensatz zum Interesse der vielen Arbeitslosen im Lande und fordert auch in den Zeitungen zur Kritik heraus. Die Bauvorhaben der Chinesen sind nahezu die einzige Möglichkeit für Angolaner, Arbeit zu bekommen. Die chinesischen Projekte schaffen jedoch nicht die von der Bevölkerung erwartete Zahl an Arbeitsplätzen. In drei Jahrzehnten Bürgerkrieg hat die Bevölkerung keine Möglichkeit gehabt, technisches Fachwissen zu erwerben. Die junge Generation war zeitlebens enturzelt und konnte selbst bäuerliches Wissen nicht erwerben. Reicht für den starken Einsatz chinesischen Personals die Begründung aus, dass in Angola fachliche Voraussetzungen fehlen? Können diese nicht ausgebildet werden?

In problematischen Zusammenhängen bauen die Chinesen das neue Luanda auf. Amnesty international berichtet über die gewaltsame Vertreibung von Zehntausenden durch die Armee, um Platz für die Neubauten zu bekommen. Einwohner, die sich zur Wehr setzen, werden drangsaliert und festgenommen. Aus ihren eigenen Erfahrungen ist den Chinesen derartiges Vorgehen nicht unbekannt, in China wächst inzwischen der Widerstand gegen solches Vorgehen.

Unter den gegebenen Bedingungen des Landes kann das Schaffen einer Infrastruktur zusammen mit den Hilfen im Gesundheitssektor und in der Ausbildung eine Starthilfe für eine weitere Entwicklung sein. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Einnahmen des Staates aus den Exporten von Erdöl und Bodenschätzen zur Schaffung einheimischer industrieller Produktion eingesetzt werden.

Auch Angolas Energiereserven reichen nicht für die Ewigkeit. Das Land ist der weltweiten letzten Verteilungsschlacht um fossile Energie ausgesetzt. In Angola reicht sie wahrscheinlich noch ungefähr dreißig Jahre. Dann wird in Angola gefragt werden: Konnten wir den Handel mit China für einen Entwicklungsschub nutzen? ■

LESERBRIEF

Nachstehenden Leserbrief erhielten wir von Achim Heier, Betriebsrat und VKL-Mitglied des Stahlwerkes ARCELOR:

Gute alte Zeit ?

Zum Artikel »TPM - Das totale Aussaugen einer Belegschaft« von Gerd Balko in Arbeiterpolitik Nr. 3 vom 31.10. 2006

Vorab einige Richtigstellungen:

1. Die Arbeitnehmervertreter von ARCELOR Bremen haben niemanden »mit sozialverträglichen Maßnahmen in die Arbeitslosigkeit geschickt oder auf einen flexibilisierten, unterbezahlten Scheißjob«, wie Gerd B. behauptet. Während des ganzen Rationalisierungsprogramms FIT hat es keine einzige betriebsbedingte Kündigung gegeben. Für alle Kollegen, die ins Einsatz- und Entwicklungscenter (EEC) versetzt worden sind, ist Lohnabsicherung durchgesetzt worden. Im Dezember 06 ist das EEC vom Vorstand entgültig zu einer

dauerhaften Abteilung gemacht worden. An all dem sind die Arbeitnehmervertreter »schuld«.

2. FIT ist keineswegs die Voraussetzung für TPM. TPM wird gleichzeitig im ganzen ARCELOR-Konzern und anderen Unternehmen eingeführt, auch ohne vergleichbares Rationalisierungsprogramm.

3. Dass in TPM die alten Hierarchien und Organisationsformen abgeschafft werden, und es bald keine Vorarbeiter, Meister, Abteilungsleiter etc. mehr gibt, ist – leider ? – auch frei erfunden. Da sind wir auch schon beim Kern der Auseinandersetzung:

Wenn Gerd von Früher erzählt, bekommt man das Bild einer schönen heilen Arbeitswelt: »Die Besatzung einer Anlage auf der Bremer Hütte bestand früher überwiegend aus Angelernten. Steuerleute, Anlagenfahrer, Kranführer usw. ... aus dem Potential der untergeordneten Funktionen wurde der geeignete Nachwuchs je nach Erfordernissen angelernt oder auch geschult...«. Also alles in Ordnung

früher? Wohl kaum: Wer bestimmte denn, wer geeignet war? Wer die Erfordernisse?

In der Praxis war für die meisten Kollegen eine berufliche Entwicklung versperrt. Man war auf Wohlwollen der Vorgesetzten angewiesen oder musste warten, bis der Kollege mit der höheren Lohngruppe in Rente ging. »Die Reparaturbetriebe waren von der Produktion unabhängig und wurden nur nach Auftrag oder Absprache tätig«. Schon richtig, mit der Folge, dass Instandhalter immer die »Besseren« waren, die »Produktioner« blieben die Angelernten – ohne eigenes Berufsbild. Sie durften oft nicht die kleinsten Reparaturen an »ihrer« Anlage durchführen, obwohl sie es aufgrund ihrer Erfahrung besser konnten. Folge war ein unnützes Gegeneinander der beiden Gruppen, z. B. bei den ewigen Streitereien, ob eine Störung in der Anlage den Produktionern oder den Instandhaltern zugerechnet werden soll.

Nein, Gerd, diese Verhältnisse sind nicht erhaltenswert. Daher haben sich viele Kollegen aus der Produktion mit Interesse an der »Jagd nach Verlusten«, der 1. Stufe von TPM beteiligt. Denn hier ist ihre Erfahrung, ihr Wissen gefragt. Sie wollen mit ihrem Können ernst genommen werden. Unnötige Mängel in den Arbeitsabläufen lassen nur den kalt, dem seine Arbeit scheinbar ist. Das sind die wenigsten Kollegen. Die meisten Kollegen wollen anspruchsvolle Arbeit leisten. Den Widerspruch, dass Kollegen im Privatleben sehr wohl ihren Hausbau »managen« oder einen Sportverein leiten können, im Betrieb aber von den kleinsten Entscheidungen ausgeschlossen bleiben, wollen viele Kollegen nicht mehr akzeptieren. Dieses berechtigte Bedürfnis ist von der Linken weitgehend ignoriert worden, indem man sich auf Lohnfragen beschränkt hat und bei Fragen der Arbeitsqualität lapidar auf den Sozialismus verwiesen hat, denn im Kapitalismus sei befriedigende Arbeit eh eine Illusion.

Berufliche Entwicklung, Mehrbereichsqualifikation, Anreicherung und Rotation von Arbeit sind wichtige gewerkschaftliche Forderungen, auch auf der Bremer Hütte. Dazu Gerd:

»Wo früher jeder nur für seinen Arbeitsplatz bzw. Arbeitsbereich verantwortlich war und danach bezahlt bekam, wird er jetzt in ein Team eingeordnet, wo alle Alles machen und für alles verantwortlich sind«.

Für Gerd anscheinend Teufelszeug. Für ihn folgt daraus zwangsläufig die Zerstörung sämtlicher Freiräume, eine atemlose Unterwerfung des Einzelnen unter die Zwänge der Produktion. Damit wischt er die gewerkschaftliche Auseinandersetzungen über Risiken und Chancen von Gruppenarbeit einfach so vom Tisch. Teamarbeit heißt nicht zwangsläufig Zerstörung von Freiräumen und Verdichtung von Arbeit, sondern kann genau gegenteilig genutzt werden. Sollen die Kollegen bei Daimler Chrysler aktuell die Wiederbelebung des Taylorismus an Einzelarbeitsplätzen mit kurzen Taktzeiten etwa bejubeln? Frag mal nach, Gerd.

TPM ist ohne Zweifel ein Managementsystem zur Erhöhung der Produktivität und damit des Gewinns. Heutige Unternehmensstrategien zielen dabei verstärkt darauf ab, auch die geistigen Potentiale der Beschäftigten zu nutzen. Wie gehen wir damit um? Sollen sich die Kollegen dumm stellen, damit das »Gold in ihren Köpfen« nicht abgeschöpft wird? Wohl kaum. Plumpe Verweigerung wird niemand verlangen, der schon mal im Betrieb gearbeitet hat.

Worum es gehen muss: Wie können wir gegenüber solchen »Angeboten« unsere Interessen als Arbeitnehmer be-

haupten? Da steht Verbesserung der Arbeitsqualität ganz oben: Anreicherung von Arbeit, mehr Mitsprache und die höhere Qualifikation und Beruflichkeit. Dies im Arbeitsalltag umzusetzen, wird eine schwierige Aufgabe für die beteiligten Kollegen, für Vertrauensleute und Betriebsräte. Es setzt Formen von Beteiligung voraus, so begrenzt Beteiligung auch immer sein wird. Gerd's Hinweis, dass die Arbeitnehmer bei den wichtigen Entscheidungen der Kapitalverwertung nichts zu sagen haben, ist ja richtig, aber an dieser Stelle wenig hilfreich.

Natürlich wollen Arbeitgeber mit TPM von den Arbeitnehmern viel bekommen und möglichst wenig geben. Es ist alltägliche gewerkschaftliche Aufgabe, dies zu verhindern. Dass TPM zwangsläufig dazu führt, dass Arbeitszeit und Freizeit nur noch nach den Bedürfnissen des Unternehmens ausgerichtet werden, ist Quatsch. Dagegen haben wir Tarifverträge, die wir verteidigen werden.

Wenn TPM von ARCELOR-MITTAL zur Erhöhung der konzern-internen Standortkonkurrenz genutzt werden soll, müssen die Gewerkschaften im Konzern dies durch gemeinsame Anforderungen an TPM eindämmen. Eine ebenso klare Aufgabe.

TPM wird im Artikel pathetisch als das totale entgeltige System zur Unterwerfung der Arbeiterbewegung heraufbeschworen. Solche Untergangsszenarien sind von der Linken schon zu oft beschworen worden – siehe MTM in den 70ern oder »Kaisen« in den 80ern –, um noch glaubwürdig zu sein. Vermeintliche Wunderwaffen wie TPM erweisen sich zudem auch aus Unternehmersicht immer wieder als unzureichend und werden von anderen Konzepten abgelöst.

Gewerkschaften müssen sich seit jeher zu produktivitätssteigernden Strategien verhalten. Historisch ist es in den wenigsten Fällen gelungen, sie völlig abzuwehren. Dass gerade die Arbeitnehmervertreter auf der Hütte von G. daran gemessen werden, ob sie TPM verhindern oder nicht, hat mehr mit dem Grundanliegen des Artikels zu tun, nämlich der Generalabrechnung mit einer »feindlichen« politischen Linie. Diese »Abrechnung« basiert unausgesprochen auf dem Vorwurf, Betriebsrat und IGM hätten das Rationalisierungsprogramm FIT verhindern können. Wie, darauf ist G. uns nach unseren Diskussionen immer noch die Antwort schuldig. Die Vorwürfe zu TPM beruhen auf Unterstellungen statt auf kritischer Analyse unseres Handelns gegenüber TPM. Wie TPM eigentlich abläuft, darüber verliert G. kein Wort.

G. setzt die tragische Tradition eines Teils der Linken fort, politisch anders Denkende als Verräter und heruntergekommene Subjekte abzustempeln. Vielleicht muss eine selbsternannte politische Avantgarde so auf andere herunterblicken, um sich selbst ihrer »historischen Rolle« zu vergewissern. Anscheinend umso mehr, je weniger man politisch verankert ist. Ich verwehre mich dagegen, so in Schubladen gepackt zu werden, denn es entspricht in keiner Weise meinem politischen Handeln und dem vieler anderer auf der Hütte.

Aber große Entwürfe können sich wohl nicht mit differenzierter Analyse belasten. Gerd gebärdet sich mit seinem »Alles oder Nichts« tendenziell totalitär sowohl gegenüber TPM als auch gegenüber den von ihm kritisierten Arbeitnehmervertretern. Das lässt sich schwer vereinbaren mit seinem eigenen Satz im Text: *»Solange sich eine Gewerkschaft noch als humane Interessengemeinschaft begreift, muss jede Art von Totalität abgelehnt werden.«* Ja, Gerd, denk mal drüber nach.

Achim Heier / IGM-VKL Arcelor Bremen ■